

# DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 10 Oktober 2008 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



## GdP fordert Fußball-Gipfel!

### In dieser Ausgabe:

**Fußball und Gewalt:**  
Ultras in Fußballstadien – Diskrepanz  
zwischen Support und Gewalt

**Bildungsreise:**  
Zu Gast in Politik und Knast

**Konjunkturforschung:**  
Vom Aufschwung übergangen

**Bundesbereitschaftspolizei:**  
Neue Strukturen, mehr Einsätze?

**Sozialpolitik:**  
Pflegerreform zum 1. Juli 2008

**Familienpolitik:**  
Familienbewusste  
Arbeitszeiten fehlen

**Seniorenjournal**

**Bundesbereitschaftspolizei**



Im Zuge der Neuorganisation der Bundespolizei im März 2008 erhielt die Bereitschaftspolizei des Bundes neue Strukturen. Wie zufrieden sind die Kolleginnen und Kollegen damit? GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg machte sich vor Ort ein Bild.  
**S. 10**

**Zu Gast in Politik und Knast**



24 Polizeibeamte und ihre Partner führen zu einer Bildungsreise nach Berlin und erlebten unter der Leitung der Polizeipfarrer Jan-Christoph Borries aus Münster und Burkhard Müller aus Herten fünf intensive Tage voller Auseinandersetzungen zwischen Vergangenheit und Gegenwart, großer Politik und ganz persönlichem Erleben.  
**S. 26**

<b>KURZ BERICHTET</b>	<b>2</b>
<b>KOMMENTAR</b> Rote Karte für Gewalt	<b>4</b>
<b>FORUM</b>	<b>4/5/24/25</b>
<b>TITEL/GdP fordert Fußball-Gipfel!</b> <i>„Fußball ist nicht unser Leben, aber unser Alltag!“</i>	<b>6</b>
<b>BUNDEBEREITSCHAFTSPOLIZEI</b> <i>Neue Strukturen, mehr Einsätze?</i>	<b>10</b>
<b>FUSSBALL UND GEWALT</b> <i>Ultras in Fußballstadien – Diskrepanz zwischen Support und Gewalt</i>	<b>14</b>
<b>STUDIE</b> <i>In Gesichtern lesen</i>	<b>21</b>
<b>SOZIALPOLITIK</b> <i>Pflegereform zum 1. Juli 2008 – 2. Teil</i>	<b>22</b>
<b>BILDUNGSREISE</b> <i>Zu Gast in Politik und Knast</i>	<b>26</b>
<b>BÜCHER</b>	<b>30</b>
<b>FAMILIENPOLITIK</b> <i>Familienbewusste Arbeitszeiten fehlen</i>	<b>33</b>
<b>KONJUNKTURFORSCHUNG</b> <i>Vom Aufschwung übergegangen</i>	<b>34</b>
<b>MITGLIEDERWERBUNG</b> <i>Auch in der GdP „hart am Ball“</i>	<b>37</b>
<b>SENIORENJOURNAL</b>	<b>38</b>
<b>IMPRESSUM</b>	<b>40</b>



**KAMPF GEGEN KINDERPORNOGRAFIE:**

## Web-Seiten sperren

Die GdP unterstützt die BKA-Forderung, zur Eindämmung der Kinderpornografie, Web-Seiten im Internet sperren zu können. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Die enorme Ausbreitung der bildlichen Darstellung von sexuellem Missbrauch an Kindern bedeutet gleichzeitig, dass dieser Markt immer wieder Nachschub

benötigt. Dadurch wächst die Gefahr für Kinder, Opfer solcher Straftaten zu werden, weltweit.“

Wichtig seien vor allem internationale Vereinbarungen, da bei nationalen Repressionen die Täter auf ausländische Server ausweichen können. Konrad Freiberg warnte allerdings davor zu glauben, neue

Gesetze würden ausreichen, um die Kinderpornografie einzudämmen. „Je mehr Ermittler in diesen Sumpf vorstoßen können, um so größer ist die Chance, unsere Kinder zu schützen.“

Vor allem für die forensische Datenanalyse benötige die Polizei dringend mehr Personal: „Wir würden wesentlich mehr Fälle aufspüren, wenn die sichergestellten Datenträger rascher ausgewertet werden könnten. Bei der Polizei lagern Festplatten im Terabyte-Bereich und die Täter laufen noch frei herum.“

*red.*

**SICHERHEITSGESETZE:**

## Nicht dem Wahlkampf opfern

Vor dem Jahrestag der furchtbaren Terroranschläge in New York und Washington warnt der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg davor, dringende Regelungen und Gesetze zur Terrorismusbekämpfung nicht dem jetzt zu erwartenden einjährigen Wahlkampf zu opfern. „Die Ausbildung potenzieller Attentäter und Bombenbauer in pakistanischen Terrorcamps läuft unbeeindruckt von

Streitigkeiten und persönlicher Eitelkeiten innerhalb der deutschen Parteienlandschaft unvermindert weiter. Die Pläne der Sauerland-Bomber zeigen, dass Deutschland im Visier der islamistischen Terroristen ist. Zahlreiche Personen müssen schon jetzt rund um die Uhr überwacht werden, was eine enorme Belastung der knappen personellen Ressourcen der Polizei bedeutet. Ich appelliere an die politisch Verant-

wortlichen, weiter ihre Hausaufgaben anzupacken und mit dem Ziel der größtmöglichen Sicherheit deutscher Bürgerinnen und Bürger Wahlkampf Wahlkampf sein zu lassen.“ Der GdP-Bundesvorsitzende mahnte ein praxisnahes Gesetz zur Bestrafung von Teilnehmern terroristischer Ausbildungslager an. Der bloße Besuch eines solchen Camps reiche nach Auffassung der GdP aus, um die mörderische Absicht eines solchen Absolventen zu belegen. Weiterhin forderte er dazu auf, die Hängepartie um die Kronzeugenregelung endlich zu beenden. Die Vorarbeiten seien gemacht, nun müsse der Bundestag zügig entscheiden.

*red.*

**GDP BETREUTE GROSSEINSATZ BÜCHEL:**

## Einsatzzeiten zu lang



Die GdP zu Besuch in der Befehlsstelle: v.r. Polizeiführer LPD Jürgen Mosen, OStA Walter Schmengler, PP Horst Eckhardt, IdP Werner Blatt, Staatssekretär im ISM Roger Lewentz, LV Ernst Scharbach, KGV Norbert Puth. In der Mitte am Monitor sitzt PD Gerd Bertram von der Einsatzleitung.

„Wir versüßen den Einsatz!“ – so das Motto einer GdP-Betreuungsaktion beim Einsatz im Zusammenhang mit den Demonstrationen gegen die vermutete Lagerung von Atomwaffen im Fliegerhorst Büchel (Kreis Cochem-Zell). Landesvor-

sitzender Ernst Scharbach und die GdP-Vorstände Achim Eggert, Bernd Becker, Detlef Maurer, Gerhard Jung, Gerhard Wagner und Norbert Puth besuchten über den ganzen Tag die Einsatzkräfte und verteilten 1.600 Nussecken und zahllose Tüt-

chen mit GdP-Weingummi. Zusätzlich war Kollege Haehling aus Hilden mit einem GdP-Mobil samt der notwendigen Versammlungslogistik vor Ort. Die Einsatzkräfte aus Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen freuten sich über die Aufmerksamkeit, die ihnen die GdP zuteil werden ließ. In vielen persönlichen Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen wurde festgestellt, dass insbesondere die geplanten Einsatzzeiten weit über die Belastungsgrenze von 12 Stunden hinausgingen. Bei einem Besuch in der Befehlsstelle nutzten die GdP-Vertreter die Gelegenheit, diese geplanten Einsatzzeiten zu kritisieren.



Nussecken und Gummibärchen fanden bei den Einsatzkräften großen Anklang. Fotos: GdP

chen mit GdP-Weingummi. Zusätzlich war Kollege Haehling aus Hilden mit einem GdP-Mobil samt der notwendigen Versammlungslogistik vor Ort. Die Einsatzkräfte aus Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen freuten sich über die Aufmerksamkeit, die ihnen die GdP zuteil werden ließ. In vielen persönlichen Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen wurde festgestellt, dass insbesondere die geplanten Einsatzzeiten weit über die Belastungsgrenze von 12 Stunden hinausgingen. Bei einem Besuch in der Befehlsstelle nutzten die GdP-Vertreter die Gelegenheit, diese geplanten Einsatzzeiten zu kritisieren.

Norbert Puth, Kreisgruppenvorsitzender PD Mayen



**EUROCOP**

# Grenzüberschreitender Erfahrungsaustausch

**Vom 31. August bis 2. September fand in Portoroz an der slowenischen Mittelmeerküste das erste Praxisseminar von EuroCOP zum Thema Sozialer Dialog statt. Insgesamt 20 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus Bulgarien, Deutschland, Rumänien und Slowenien konnten sich in dem Seminar über die Praxis gewerkschaftlicher Arbeit in den vertretenen Ländern informieren. Das Seminar ist von EuroCOP in Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsinstitut des Europäischen Gewerkschaftsbunds (ETUI) organisiert und von der Europäischen Union unterstützt worden.**



**Aktive Teilnahme: Kolleginnen und Kollegen aus Bulgarien und Rumänien bei der Zusammenstellung ihrer Ergebnisse. Im Vordergrund, Jean Claude le Douaron vom ETUI.**

Im Mittelpunkt des Seminars standen nach einer Vorstellung der beteiligten Gewerkschaften vor allem erfolgreiche Kampagnen von EuroCOP-Mitgliedsorganisationen: So konnte der GdP-Landesvorsitzende von NRW und Vorsitzender des EuroCOP-Ausschusses Informations-, Konsultations- und Beteiligungsrechte, Frank Richter, die erfolgreiche Kampagne „5000+“ der GdP-NRW vorstellen. Weiteren Diskussionsstoff lieferten ähnliche Kampagnen aus Dänemark und Norwegen, die vor allem die Bedeutung der öffentlichen Meinung herausstrichen: „Es ist unheimlich wichtig, die Öffentlichkeit von gewerkschaftlichen Forderungen zu überzeugen. Wir sind beeindruckt, wie gut das in den vorgestellten Kampagnen gelungen ist,“ so der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft in Bulgarien, Emil Rashev.

Immer wieder fand in der Diskussion während des Seminars auch die große Bedeutung gut organisierter Basiseinheiten zur Sprache: „Seit der Gründung unserer Gewerkschaft im Jahr 2005 sind wir sehr schnell gewachsen,“ so Marin Gruia, Mitglied des Gewerkschaftsvorstands in Rumänien. „Mit mittlerweile über 40.000 Mitgliedern sind

wir jetzt auf der Suche nach effizienten Verfahren, um unsere lokalen Gewerkschaftsvertreter zu schulen und den Informationsfluss sicherzustellen.“

Aus Sicht der Kolleginnen und Kollegen aus Slowenien und Deutschland, war es besonders spannend, kreative Ideen für gewerkschaftliche Kampagnen zu sammeln. Auch Unterschiede im Personalvertretungsrecht kamen zur Sprache: Anstelle der strikten Trennung zwischen Personalräten und Gewerkschaftsvertretern in Deutschland, nehmen in Slowenien unmittelbar die Gewerkschaftsvertreter die Aufgaben der Personalvertretung wahr. „Das hat natürlich Konsequenzen dafür, wie die Gewerkschaft in der Öffentlichkeit auftreten kann,“ so



**Deutsch-slowenischer Austausch: Frank Richter erläutert die Organisation von Kampagnen in der GdP-NRW. Fotos: EuroCOP**

Vojko Sukljan aus dem Vorstand der Polizeigewerkschaft in Slowenien. „Ich freue mich aber schon darauf, einige der hier vorgestellten Ideen demnächst auch in Slowenien zu nutzen. Besonders die Idee, Reden des Finanzministers mit einem Taschentuch zum Weinen zu begleiten.“

Deutlich war während des gesamten Seminars auch das Bedürfnis zu spüren, sich über den gewerkschaftlichen Alltag – von Mitgliederinformationen, Finanzierung von Aktionen bis hin zu Fragen der rechtlichen Absicherung von Mandatsträgern – auszutauschen.

„Die Diskussionen haben einmal mehr gezeigt, wie wichtig es auf europäischer Ebene ist, Standards für die Rechte von Polizeibeschäftigten festzulegen“, so Frank Richter. „Im EuroCOP-Ausschuss für Informations-, Konsultations- und Beteiligungsrechte haben wir bereits mit der Arbeit an einem Grundsatzkatalog zu Rechten von Polizeibeschäftigten hierzu begonnen. Das Seminar hat klar gezeigt, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind.“

Für alle Beteiligten war das Seminar eine seltene Möglichkeit, sich mit Hilfe von Dolmetschern unmittelbar austauschen zu können. Auf Tagungen des EuroCOP-Komitees können aus Kostengründen bisher weder Slowenisch, noch Bulgarisch oder Rumänisch als Sprachen angeboten werden. Die Kollegen sind darauf angewiesen, sich mit einer Fremdsprache durchzuschlagen. Ein solches Seminar ist daher auch eine wichtige Gelegenheit für EuroCOP, Kolleginnen und Kollegen anzusprechen, die normalerweise schon aus sprachlichen Gründen nicht mit EuroCOP in Kontakt kommen.

Für die kommenden Jahre sind weitere Seminare dieser Art in Planung. Vorgesehen ist, das Seminar in jeweils anderer geo-

graphischer Konstellation zu wiederholen. Die Zusammensetzung wird dabei einem ähnlichen Muster folgen, wie in Portoroz, um zu gewährleisten, dass jüngere Mitgliedsorganisationen von den Erfahrungen der etablierten profitieren können.

jv



## Rote Karte für Gewalt

Der überwiegende Teil der Fußballfans ist friedlich – das ist verbrieft. Nur ein Prozent entfaltet Gewalt – dann aber oft hemmungslos. Was in den Zeitungen steht, wie die angeblichen Fans gewütet und gehaust haben, dass Polizistinnen und Polizisten verletzt wurden (seit 1994 waren es 660 Beamte), das ist das eine.

Das andere sind die Einsätze, die in der Presse weitgehend unbeachtet bleiben, weil es keine „Vorfälle“ gab.

Aber das spielt sich jedes Wochenende für Kolleginnen und Kollegen ab: Fanbegleitung heißt das verniedlichende Wort für Einsätze, die an die körperlichen und psychischen Grenzen stoßen lassen: Da begleiten Bundes-

polizistinnen und -polizisten eine schon beim Einsteigen in den Zug (kein Sonderzug!) zum Teil erheblich betrunkene Menge, die mit der Bahn zu einem Spiel fahren will. Mit Bierkästen und harten Getränken, man muss sich in Form trinken. Und die „Fans“ nehmen bei Weitem nicht mehr die kürzeste Verbindung von A nach B. Oft ist das „Schönes-Wochenende-Ticket“ preiswerter und so

werden zeitintensive Umwege in Kauf genommen. Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen da mit. Oft in Schutzausrüstung. In den Zügen ist es warm. Es riecht nicht sonderlich gut – der Alkohol setzt Ausdünstungen frei, die beileibe nicht zu den angenehmsten gehören. Das haben unsere Kolleginnen und Kollegen auszuhalten. Auch die dümmlichen Sprüche, die Pöbeleien – immer müssen sie höflich bleiben, angemessen reagieren. Auch noch nach Stunden. Auch dann, wenn sie lange Zeit in Bahnhöfen den hallenden Lärm der abgehackten Fan-„Gesänge“ ertragen müssen ...

Und darin erschöpfen sich die Polizeieinsätze anlässlich der Fußballspiele noch lange nicht. Die Polizeien der Länder sind genauso zunehmend gefordert. Hartgesottene Randalierer sind vor Ort abzuwehren – wie die Ultras (siehe hierzu den Beitrag ab Seite 16) –, die die Polizei ganz offen als ihren verhassten Feind betrachten und entsprechend handeln. Auch das verstärkte Auftreten rechter Kräfte anlässlich von Fußballspielen macht Sorgen und fordert polizeiliches Handeln.

Und oft gibt es an den Wochenenden so viele Ereignisse nebeneinander – angefangen von parallel laufenden Spielen mit polizeilicher Relevanz über Weinfeste bis hin zu Demonstrationen Rechts- oder Linksextremer –, dass die Kolleginnen und Kollegen kaum aus den Schutanzügen heraus kommen. Die personelle Situation ist dann derart ausgereizt, dass niemand mehr als Reserve verfügbar ist.

Ehrlich – ich kann all jene Polizistinnen und Polizisten verstehen, die den Kanal voll haben von den Einsätzen zu Fußballspielen mit Randalierisiko – Wochenende für Wochenende.

Die Gewalt und damit die Einsätze und Belastungen der Polizei und die öffentlichen Ausgaben werden nicht von allein abnehmen. Doch hier die Forderung zu erheben, Polizei-Einsätze bei Fußballspielen sollten zukünftig von den Vereinen mitbezahlt werden, halte ich für undifferenziert und rechtsstaatlich kaum umsetzbar. Abgesehen davon, dass der gesetzliche Sicherheitsauftrag eindeutig ist, wird damit weder die Belastung unserer Kolleginnen und Kollegen geringer, die jedes Wochenende ihren „Fußball-Dienst“ leisten, noch wird damit die zunehmende Gewalt rund um das wichtige Thema Fußball eingedämmt. Vielmehr sehen wir als GdP eine Chance darin, alle Beteiligten an einen Tisch zu bekommen, Probleme aufzuzeigen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen, damit die 99 Prozent friedlichen Fans ihren Spaß bei der Sache behalten und unsere Kolleginnen und Kollegen erträglichere Belastungen an den Wochenendeinsätzen auszuhalten haben. Wir fordern daher einen Fußball-Gipfel, an dem z. B. Vertreter des DFB und der Deutschen Bahn ebenso teilnehmen wie die Vereine, Sicherheitsbehörden und die privaten Sicherheitsdienstleister. Es gibt genügend dringliche Punkte, über die es sich lohnt, gemeinsam nachzudenken, zu diskutieren und Lösungen anzustreben.



## forum

### Zu: Polizei muss geschützt werden, DP 9/08

Mehr als deutliche Worte hat K. Freiberg gefunden, wenn er feststellt, dass Staat und Gesellschaft – also wir alle – es zulassen, dass die von der Polizei repräsentierte Staatsmacht durch Beleidigungen, Beschimpfungen, Pöbeleien und tätliche Angriffe täglich demoliert wird. Ein nicht mehr hinnehmbarer Zustand, den es

gilt, durch geeignete Maßnahmen zu korrigieren. Der vorgeschlagene Weg, dies auch über eine Verschärfung der Gesetzeslage zu erreichen, ist sicherlich machbar, weitaus wichtiger sind aber die berechtigten Forderungen nach angepasster Personalaufstockung und zeitgemäßer, funktionsfähiger technischer Ausstattung. Respekt und Anerkennung kann man sich nur durch Leistung verdienen. Ob dies auch anerkannt wird, ist allerdings abhängig von den Wertvorstellungen des Gegenübers. Die deutsche Polizei hat Anerkennung und Respekt und damit die unein-

geschränkte Solidarität der ganzen zivilisierten Gesellschaft verdient.

**Hans-Georg Backhoff, Sekretär der International Police Association, Landesgruppe Niedersachsen**



Werter Kollege Freiberg, Ihren Kommentar in DP Nr. 9, September 2008, kann ich inhaltlich voll unterschreiben. Was wir fast täglich in den Medien an Übergriffen



auf unsere Kolleginnen und Kollegen lesen oder sehen, ist sicher nur die Spitze eines Eisbergs. Ich beneide die Kolleginnen und Kollegen, vor allem in den Ballungszentren, nicht. Ich selber leiste Dienst als Ermittlungsbeamter bei einer kleinen Land-PI und bin in der Regel nicht unmittelbar an vorderster Front mit unserem polizeilichen „Problemgegenüber“ konfrontiert. Immer häufiger kommt es aber auch in unserem ländlich strukturierten Dienstbereich vor, dass Kolleginnen und Kollegen, bei Einsätzen oder selbst beim Vorbeifahren aus Gruppen heraus angepöbelt und beleidigt werden. Das muss schon sehr zu denken geben.

**Helmut Will, Ebern**



Sehr geehrter Herr Freiberg, mit Ihrem Kommentar in der Septemerausgabe der GdP-Zeitschrift haben Sie einen hervorragenden Artikel verfasst. Es war sicherlich schon lange überfällig, öffentlich das Verhalten des polizeilichen Gegenübers realistisch darzustellen. Inhaltlich betrifft es in meinen Augen allerdings nur die Spitze eines Eisbergs, der durch Inspektions- und Behördenleiter beeinflusst wird.

Aus eigener Erfahrung kann ich Ihnen sagen, dass Beleidigungsanzeigen nicht gewünscht sind. Inoffiziell wird dem Beamten gesagt, dass er sich beleidigen lassen muss und dazu keine Anzeige vorzulegen hat. Wenn es allerdings trotzdem zu den Anzeigen kommt, wird den Beamten sogar unterstellt, man hätte den Bürger provoziert. Wenn wir uns respektlos behandeln lassen und nicht in der Lage sind, gemäß den rechtlichen Möglichkeiten zu agieren und uns zu wehren, werden wir unglaubwürdig und von Straftätern belächelt. Solange wir bei unserer Arbeit nur eingeschränkte oder überhaupt keine Fürsorgepflicht erfüllen von diesen Dienstherren erwarten dürfen, werden wir weiterhin ertragen müssen, mit Respektlosigkeit behandelt zu werden. Daraus resultiert am Ende Resignation.

Von Schutz des Polizeibeamten kann keine Rede sein. Wie Sie richtig feststellen, brauchen wir keine anderen Gesetze, sondern Politiker und Dienstherren die uns in der qualifizierten Ausübung unserer Tätigkeit als Polizeibeamte unterstützen.

**Thomas Müller, per E-Mail**

### Zu: Die Hundeseele folgt dem Trieb, DP 9/08

Der Kollege Bork hat einen Artikel verfasst, wie ihn sich jeder vernünftige Hundehalter nur wünschen kann – fachlich kompetent und vor allem sachlich und nicht auf eine bestimmte Hunderasse abzielend.

Aus welchem Grund also wird für den Bericht des Kollegen Bork das Bild eines Listenhundes mit weit aufgerissenem Fang (für die Leute, die diesen Gesichtsausdruck nicht kennen: Er entsteht, wenn der Hund gelaufen oder gerannt ist oder gespielt hat und jetzt darauf wartet, was Herrchen oder Frauchen nun mit ihm veranstalten, vielleicht ein Leckerli oder weiterspielen?) verwendet? Wie es Kollege Bork schon herausgestellt hat und wie es jüngste Forschungsergebnisse der Hochschule für Tiermedizin in Hannover ergaben, ist ein Hund nicht aufgrund seiner Rasse gefährlich oder aggressiv. Erst seine Erziehung und auf ihn einwirkende Reize machen den Hund zu dem, was er ist.

Der Artikel dürfte, wenn sich Kollegen mit seinem Inhalt tatsächlich auseinandersetzen, dazu beitragen, dass Lagen, in denen mit einem bissigen Hund umgegangen werden muss, ohne größere Schäden für die einschreitenden Kollegen und andere Bürger bewältigt oder zumindest eingedämmt werden können, bis ggf. Spezialkräfte herangeführt werden können.

**Oliver Lübben, Bremen**



Ein recht guter Artikel über den Umgang mit Hunden, aber in einem Punkt irrt der Verfasser: „Wer Angst hat, sondert Stoffe in die Luft ab, die der Hund riechen kann.“ Dies ist ein weitverbreiteter Irrtum. Angst, Zorn, Liebe, Trauer, etc. sind Emotionen die keinerlei Gerüche freisetzen.

**Jürgen Zaucker, Bad Bergzabern**

*Deine Anmerkung bezüglich der Tatsache, Hunde können keine Angst riechen, weil es Emotionen sind, teile ich. Wir laufen also konform, wenn es um die Tatsache der reinen Emotion geht. Der Mensch produziert jedoch bestimmte Geruchsstoffe (Pheromone) bei Freude, Wut, aber auch bei Angst – und der Hund kann das riechen. Wer also einem bereits knurrenden Hund schon ängstlich gegenübertritt, kann schneller gebissen werden als jemand, der diesen Angstgeruch nicht ausströmt. Im Volksmund spricht man*

hier vom Angstschweiß. Siehe hierzu auch die Studie der „Apotheken Umschau“ (3/2005 B).

**Mit kollegialem Gruß  
Dirk Bork**



Ich bin seit fast 16 Jahren beim amtlichen Tierfang in Berlin tätig. Der Artikel gefällt mir gut. Nur die Art und Weise, wie dort über den Tierfang geschrieben wird, zeugt von wenig Einsicht in unsere Tätigkeit.

Zuerst mal zu unseren Dienstzeiten, die nicht um 22 Uhr enden, sondern erst um 1.30 Uhr. Des weiteren sind wir für Berlin ganze sechs Angestellte. Seit der Bezirksreform in Berlin sind wir beim Bezirksamt Lichtenberg im Amt für regionalisierte Ordnungsaufgaben angegliedert.

Mehrmals hat unsere Dienststelle versucht unsere Fahrzeuge mit Sondersignalen auszurüsten zu lassen, was durch die Berliner Polizei abgelehnt wurde und wird.

Dadurch stehen die Polizisten fast immer allein in Notsituationen und es kommt dadurch auch zu nicht nötig gewesenen Schusswaffeneinsätzen.

Die Situation, dass ein Tierfänger mit Leckerlies versucht, Hunde zu „bestechen“, kenne ich und bin da genauso dagegen. Unsere Ausrüstung (Führleine, Stockschlinge, Führstange und Schutzschilder) reicht meistens aus. Zusätzlich haben wir seit Beginn der Hundeverordnung, jetzt Hundegesetz, auch noch Sedalin (zur Betäubung in besonders schweren Fällen) an Bord.

**Klaus Münnich, per E-Mail**

Fortsetzung auf Seite auf 24

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

#### Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand  
Redaktion Deutsche Polizei  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-114  
Fax: 030/39 99 21-190  
E-Mail:  
gdp-redaktion@gdp-online.de**



**GDP FORDERT FUSSBALL-GIPFEL!**

## „Fußball ist nicht unser Leben, aber unser Alltag!“

**Fußball hat Konjunktur. Kaum jemand, der sich der Faszination der Spiele entziehen kann.**

**Konjunktur haben dabei aber auch Randale, Gewalt und Polizeieinsätze. All das kostet Geld, Nerven und so manchen eingesetzten Polizisten die Gesundheit. Es ist dingend an der Zeit, all die Kräfte zu bündeln, die den Gewalttätigen bei der zweit schönsten Nebensache der Welt die Rote Karte zeigen wollen.**

Fußballspiel der Landesliga Sachsen im Mai 2008: Der Bornaer SV empfängt die Mannschaft von Lok Leipzig. Mit der Mannschaft und ihren Betreuern reisen auch 1.550 Anhänger aus Leipzig an. Als

schaftspolizeien der Länder in seinem Jahresbericht 2007:

„Es ist festzustellen, dass im Bereich Fußball mit 31 länderübergreifenden Einsätzen 2007 das hohe Niveau des Jahres

vom Auswärtsspiel in Wolfsburg am 31. August von Magdeburger Hooligans angegriffen worden. Dabei wurden 20 Frankfurter Anhänger bei einem längeren Aufenthalt auf dem Vorplatz des Hauptbahnhofs von 15 mit Kapuzen, Tüchern und Schals verummten Personen angegriffen.

Schlimmer noch verlief die Begegnung von Lok Leipzig und Erzgebirge Aue II im Februar 2007. Nach dem Spiel war es vor dem Bruno-Plache-Stadion in Leipzig zu schweren Ausschreitungen gekommen: Überfallartig stürmten 800 Randalierer



**25.6.2008: Die Polizei sichert nach dem ersten Halbfinal-Spiel der Fußball-EM die Straßen in Berlin Kreuzberg. Die deutsche Mannschaft gewann das Spiel gegen die Türkei mit einem 3:2 Sieg.**  
Foto: Arno Burgi/dpa

Ausdruck ihres Protestes gegen die hohen Eintrittsgelder haben sie einen Auto-konvoi gebildet. Das Spiel begann aufgrund des hohen Zuschauerandrangs dreißig Minuten später. Beim Stand von 2:0 für die Gastgeber durchbrachen Gäste die Absperrung. Einsatzkräfte zogen vor dem Gästeblock auf und das Spiel konnte zu Ende gebracht werden.

Dieses Beispiel veranschaulicht die Feststellung des Inspektors der Bereit-

2006 mit der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft erhalten geblieben ist. Beachtlich ist hierbei, dass es sich größtenteils um Fußballspiele in den unteren Spielklassen handelte.“

Nicht immer geht die Auseinandersetzung am Rande von Fußballspielen so glimpflich ab, wie beim eingangs geschilderten Beispiel. Es gibt durchaus Dramatischeres:

Fans des Fußball-Bundesligisten Eintracht Frankfurt sind bei der Rückreise

nach dem Spiel auf die Polizisten vor dem Stadion zu und lieferten sich eine Straßenschlacht. 36 Beamte wurden verletzt, mehrere mussten im Krankenhaus behandelt werden.

Mit der Einsatzbelastung der Polizei wuchs auch die Gewalt gegen sie. Dieses Fazit galt für die Vergangenheit. Wochenende für Wochenende nur geregelt nach dem Spielplan. In Abwandlung des Fußballliedes „Fußball ist unser Leben“ stellt manche Einsatzkraft für sich fest: „Fußball ist nicht mein Leben, aber mein Alltag.“

Mit der Einführung der eingleisigen dritten Liga hat sich nun die Einsatz-



belastung für die Polizei weiter erhöht und bekommt zukünftig eine neue Qualität.

Die dritte Liga hat ab der Saison 2008/2009 ihren Spielbetrieb mit 20 Mannschaften aufgenommen. Damit gibt es zu den bundesweiten Fanbewegungen der 1. und 2. Bundesliga einen dritten Zug der „Deutschlandreise der Fußballanhänger“.

## Der Autor



POK Jörg Radek, stellv. Vorsitzender des Bezirks Bundespolizei, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP, hier zuständig u. a. für den Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei.



**Donnerstag 12.6.2008 Rauchbomben-Qualm vor der Videoleinwand auf dem Fan-Fest in Hamburg während des EM-Spiels Kroatien gegen Deutschland (2:1). Foto: Marcus Brandt / dpa**

Unter der dritten Liga gibt es ab der Saison 2008/09 eine dreigeteilte Regionalliga mit jeweils 18 Mannschaften. Im Gegensatz zur ersten und zweiten Bundesliga, die unter dem Dach der Deutschen Fußball-Liga (DFL) verwaltet werden, fällt die dritte Liga – obwohl sie nun auch offiziell eine Profiklasse ist – in den Zuständigkeitsbereich des Deutschen Fußball-Bundes (DFB).

Was die Zuschauerresonanz angeht, ist die Liga attraktiv. Braunschweig, Dresden, Düsseldorf oder auch Traditionsvereine wie Erzgebirge Aue, Carl Zeiss Jena, Rot-Weiß Erfurt oder Union Berlin haben weit mehr Fans als mancher Zweitligist in ihrem Stadion.

Doch während in den beiden höchsten Spielklassen mit Richtlinien Stadionverbote, baulichen Maßnahmen, Ret-

tungswege, Verbot von Pyrotechnik oder Beschallungseinrichtungen geregelt sind, finden diese Vorschriften des „Nationalen Konzepts Sport und Sicherheit“ in den unteren Spielklassen kaum Anwendung. Sollten sie aber – zumindest dort, wo ein

sen verfügen jedoch nicht über die finanziellen Mittel, um die Vorgaben des „Nationalen Konzepts Sport und Sicherheit“ umzusetzen. Z. B. bauliche Maßnahmen wie Drängegitter, oder Abgrenzungen in den Zuschauerbereichen zu installieren.



**Sonntag, 16.3.2008: Polizisten sichern den Anmarsch der Fans des FC Sachsen II vor dem Spiel 1. FC Lok Leipzig gegen FC Sachsen II auf dem Weg zum Zentralstadion in Leipzig ab. In der Sachsenmetropole wurden an diesem Wochenende 1.500 Polizisten zusammengezogen. Foto: Arno Burgi / dpa**

entsprechendes Gewaltpotential vorhanden ist.

Spätestens hier beginnt das Geld im Fußball eine Rolle zu spielen.

Die Vereine in den unteren Spielklas-

sen verfügen jedoch nicht über die finanziellen Mittel, um die Vorgaben des „Nationalen Konzepts Sport und Sicherheit“ umzusetzen. Z. B. bauliche Maßnahmen wie Drängegitter, oder Abgrenzungen in den Zuschauerbereichen zu installieren.

Im Profifußball hingegen werden nach den Angaben der Deutschen Fußball-Liga Rekorderträge aus einem Mix von Fernsehgeldern, Sponsoring – und Spieldagserlösen erwirtschaftet. In der Saison 2006/2007 waren es rund 1,75 Milliarden Euro. Doch dies soll nicht der Einstieg in eine Neiddebatte sein. Immerhin stieg das Steuer- und Abgabenaufkommen der 36 Lizenzvereine im Geschäftsjahr 2006/2007 um rund 20 Prozent auf insgesamt 550 Millionen Euro.

### Wir brauchen einen Fußball-Gipfel!

Risiken und Nebenwirkungen der „zweitschönsten Nebensache der Welt“ sind nicht nur eine Angelegenheit von Fußballvereinen und Polizei. Erst Recht sind sie nicht mit Geld allein zu lösen. Alle Beteiligten gehören an einen Tisch. Profi- und Amateurfußballer können gemeinsam kein Interesse an den Gewaltorgien haben.

Verhältnisse wie in der italienischen Liga müssen verhindert werden.

Mit der Bewältigung der Begleitum-





**Hannover 25.06.08:** Nach einer Auseinandersetzung im Anschluss an das Spiel Deutschland gegen die Türkei hat die Polizei eine Kreuzung abgesperrt. Foto: Nigel Treblin/ddp

stände bei Fußballspielen aller Ligen darf die Polizei nicht allein gelassen werden. Abgesehen davon, dass sie mit ihrem Potenzial das Problem nur in Ansätzen in Grenzen halten kann, sind hier mehrere Seiten in der Verantwortung.

Eine zentrale Bedeutung hat hierbei

die Koordinierungsstelle Fan-Projekte (KOS).

Die KOS berät und begleitet im Rahmen des „Nationalen Konzepts Sport und Sicherheit“ (NKSS) die Fan-Projekte in Deutschland. Durch die professionelle Zusammenarbeit der Verantwortlichen

## **GDP FORDERT FUSSBALL-GIPFEL!**

angenehme Fahrt hat. Dass er das an manchen Fußball-Wochenenden nicht hat, ist belegt. Tumulte und verdreckte Wagen sind da an der Tagesordnung, wenn sogenannte Fans sich mit der Bahn auf den Weg zu den Spielstätten und zurück machen. Dabei wird übrigens schon längst nicht mehr der kürzeste Weg genommen. Denn das „schöne Wochenendticket“ der Bahn ist oft preiswerter. Da werden Umwege in Kauf genommen. Und oft mit verwüstet.

Die KOS, die Deutsche Bahn und die Polizei gehören also an einen Tisch. Herauskommen sollte perspektivisch ein gemeinsam getragenes Konzept zur Eindämmung von Gewalt und Randalen rund um den Fußball. Und daran sind alle Seiten mit Sicherheit hoch interessiert. Eine derartige Gesprächsrunde würdigt natürlich in erster Linie den präventiven Teil der polizeilichen Arbeit. Aber darüber hinaus sind wir als Gewerkschaft an einem solchen Gipfel auch interessiert, weil die Belastung der Kolleginnen und Kollegen nicht weiter steigen darf und sie auch nach Einsät-

660 Polizisten, 1.616 Unbeteiligte und 1.324 Gewalttäter sind seit 1994 bei Spielen der 1. und 2. Bundesliga verletzt worden. Allein in der Spielzeit 2005/2006 seien 4.576 Strafverfahren eingeleitet worden, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/5549) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (16/5391). Die Zahl der Strafverfahren sei seit Mitte der neunziger Jahre gestiegen. Der Regierung zufolge musste die Polizei aber nur bei fünf von tausend Fans einschreiten.

Die große Mehrheit sei friedlich. Um Gewalt zu verhindern setze die Polizei auf eine Doppelstrategie. Einerseits würde präventive Arbeit in Fanprojekten geleistet, andererseits setze die Polizei auf eine Vielzahl von polizeilichen Methoden. Dazu gehörten die Beratung von Vereinen, eine konsequente Verfolgung von Straftätern und der Austausch zwischen verschiedenen Dienststellen und Diensten. Darunter falle auch die sogenannte Datei „Gewalttäter Sport“, in der Straftäter, die im Zusammenhang mit sportlichen Ereignissen stehen, aufgelistet sind. Bis November letzten Jahres verzeichnete die Datenbank 9.399 Einträge. Sie werde unter anderem von der Polizei genutzt, um bei Länderspielen Gewalttättern die Einreise zu verwehren oder um bundesweit Stadionverbote effektiv durchzusetzen.



**4.11.2006 Dresden:** Union-Anhänger werden vor dem Spiel Dynamo Dresden gegen den 1. FC Union unter Polizeischutz zum Stadion geführt. Robert Michae/ ddp

(Verein, Polizei, Sicherheitskräfte, Ordnungsdienst, Fan-Projekt, Fanbeauftragter) in Vorbereitung auf sogenannte Derbys ist es gelungen, dass gerade bei brisanten Spielen Zahl und Intensität der Zwischenfälle sinken.

Doch auch die Deutsche Bahn ist gefordert. Als Transporteur der Fans muss sie ein Interesse daran haben, dass der Bahnbenutzer eines „Regelzuges“ eine

zen zu Fußballspielen gesund wieder nach Hause kommen sollen. Vorschläge wie die Forderung nach Beteiligung der Vereine an den Polizeikosten haben nur die Absicht einer medialen Wirkung, sind aber kein durchdachter Lösungsvorschlag.

Fußball ist ein einfaches Spiel. Das gesellschaftliche Umfeld macht es kompakter und komplexer. Bei solch einer Anlage verbieten sich derartige populistische Vorschläge und Regeln. **Jörg Radek**





# Neue Strukturen, mehr Einsätze?

## Konrad Freiberg bei der Bundesbereitschaftspolizei

**Der Direktion Bundesbereitschaftspolizei im nordhessischen Fuldataal stattete GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg Ende August 2008 einen Besuch ab, um sich ein Bild von den neuen Strukturen in der Bereitschaftspolizei des Bundes nach der Neuorganisation der Bundespolizei und den daraus resultierenden Arbeitsbedingungen zu machen. Gastgeber Friedrich Eichele (Leiter der Direktion Bundesbereitschaftspolizei) empfing neben Konrad Freiberg auch die Kollegen Jörg Radek (Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der GdP), Josef Scheuring (GdP-Vorsitzender des Bezirks Bundespolizei) sowie den Vorstand der GdP-Direktionsgruppe Bundesbereitschaftspolizei in der Bundespolizei unterkunft Dr. Konrad Adenauer. Vom Bundespolizeipräsidium nahm Thomas Striethörster, Leiter der Abteilung 2 – Gefahrenabwehr, an den Gesprächen teil.**



**Im Gespräch: Konrad Freiberg mit dem Leiter der Direktion Bundesbereitschaftspolizei, Friedrich Eichele** Foto: GdP

Im Zuge der Neuorganisation der Bundespolizei im März 2008 erhielt die Bereitschaftspolizei des Bundes neue Strukturen. Die Bundespolizeiabteilungen (BPOLABT), bisher fünf regionalen Präsidien nachgeordnet, sind nun alle der Direktion Bundesbereitschaftspolizei (BPOLD BP) unterstellt. Nach Auflösung der BPOLABT Rosenheim verfügt die Bundespolizei noch über zehn Abteilungen in den Standorten Ratzeburg, Uelzen, Blumberg, Bad Dübren, Duderstadt, Sankt Augustin, Hünfeld, Bayreuth, Bad Bergzabern und Deggendorf mit Stärken von 498 bis 924 Beschäftigten. Die Abteilungen verfügen über 27 Einsatzhundertschaften, fünf Technische Einsatzhundertschaften sowie fünf Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften.

Zwei Auslandshundertschaften sollen

zeitnah aufgebaut werden.

Das Aufgabenspektrum der Bundesbereitschaftspolizei ist breit gefächert. Schwerpunktmäßig wird sie zur Unterstützung im grenz-, luft-sicherheits- und bahnpolizeilichen Aufgabenbereich eingesetzt. Hierbei schlägt insbesondere die Fanbegleitung bei nationalen und internationalen Fußballspielen personalintensiv zu Buche. Die Bewältigung von Groß- und Sonderlagen – auch zur Unterstützung der Polizeien der Länder – ist ohne die Abteilungen der Bundespolizei fast nicht mehr denkbar, wie die Zahl der Unterstützungsersuchen zeigt.

Die Zusammenführung aller Abteilungen unter einer Hand soll eine bessere Koordination der Einsätze und eine gleichmäßigere Auslastung der Einheiten herbeiführen. Eine dezentrale regionale Planung ohne Gesamtzuständigkeit führte dazu, dass sich Einsatzkräfte auf dem Weg zum Einsatzort kreuzten. Die zentrale Einsatzkoordination in Fuldataal soll dies verhindern und einen effizienteren Kräfteansatz herbeiführen.

Die Zusammenführung aller Abteilungen unter einer Hand soll eine bessere Koordination der Einsätze und eine gleichmäßigere Auslastung der Einheiten herbeiführen. Eine dezentrale regionale Planung ohne Gesamtzuständigkeit führte dazu, dass sich Einsatzkräfte auf dem Weg zum Einsatzort kreuzten. Die zentrale Einsatzkoordination in Fuldataal soll dies verhindern und einen effizienteren Kräfteansatz herbeiführen.

### Effizienzsteigerung muss für die Menschen aushaltbar bleiben

Ziel aller Organisationsveränderungen der Gegenwart ist primär die Reduzierung

von Personal oder zumindest die Steigerung der Effizienz des vorhandenen Personals. Das trifft auch die Bundesbereitschaftspolizei mit aller Macht. Die durch verbesserte Einsatzkoordination verringerten Marsch- und Rüstzeiten führen nicht zu einer Reduzierung der Belastung für die Einsatzkräfte. Im Gegenteil: Die Zahl der Einsätze steigt. Anstatt eines langen Einsatzes sind auf einmal zwei gut koordinierte Einsätze am Wochenende der Standard. Für die Behörden ist das effizient; für die Kolleginnen und Kollegen ist das belastend. Die Leitung der BPOLD BP und der Personalrat sehen hier Handlungsbedarf. Sie haben sich unmittelbar nach Inkrafttreten der Neuorganisation gemeinsam zum Ziel gesetzt, dem unstillen Leben in der Bereitschaftspolizei ein Mindestmaß an Planbarkeit entgegen zu setzen. So auch: das planbar freie Wochenende, welches im Bundesland Nordrhein-Westfalen beispielsweise als erlassfreies Wochenende bezeichnet wird. In einem Zeitraum von vier Wochen soll ein Wochenende planbar als dienstfreies Wochenende für die Kolleginnen und Kollegen „abgesichert“ werden. Nur bei besonderen Einsatzlagen wird auf diese Kräfte zurückgegriffen.

Die Entscheidungsträger müssen akzeptieren, dass auch das soziale Umfeld der Mitarbeiter/innen entscheidend für die Leistungsfähigkeit und Motivation der Beschäftigten ist. Das ist noch nicht überall angekommen.

### Besuch der Bundesbereitschaftsabteilung Hünfeld

Von der Vielfalt der Einsatzanlässe für die Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizeiabteilungen konnte sich die GdP-Delegation am 28. August in Hünfeld überzeugen. Polizeidirektor Werner Friedrich und seine Mitarbeiter stellten das Einsatzgeschäft einer BPOLABT anschaulich dar. Sie gingen dabei auch auf die oft schlechten Arbeitsbedingungen und das zunehmende Gewaltpotenzial, insbesondere bei Fußballeinsätzen, ein. Besorgniserregend ist dabei die Tendenz, dass immer häufiger für Begegnungen in der 3. und 4. Liga erhebliche polizeiliche Maßnahmen erforderlich werden. Dadurch wird die Belastung der Polizeibeamtinnen und -beamten deutlich er-





höht. Ihr ohnehin eingeschränktes Wochenendleben wird durch zusätzliche Einsätze spürbar belastet.

Aus Sicht der GdP stellt sich die Frage, ob die Wirtschaftsunternehmen der Fußballbranche gänzlich aus der Verantwortung für die Begleiterscheinungen ihrer Veranstaltungen bleiben dürfen. „Die GdP will sich jedoch nicht an der Diskussion über die Bezahlung von Polizeieinsätzen beteiligen“, sagt Konrad Freiberg. „Wir denken an Maßnahmen wie Fanprojekte oder die Verbesserung der Stadiosicherheit auch in den unteren Ligen.“ Die GdP vereinbarte mit Striethörster und Eichele, weitere Gespräche zu diesem Themenbereich zu führen.

Der hessische Standort Hünfeld ist eine der modernsten Unterkünfte der Bundespolizei. Die örtlichen Vertreter der GdP kritisieren, dass hier trotzdem ein erheblicher Personalabbau im Zuge der Neuorganisation stattfinden wird. Sie wollen versuchen, durch Kompensationsmaßnahmen zumindest eine Streckung der Personalverlagerungen zu erreichen.

### Bereitschaftspolizistin & Bereitschaftspolizist 2015

Die Entwicklung und Beschaffung von persönlicher Ausstattung und Führungs- und Einsatzmitteln soll unter Ausschöpfung aller vorhandenen Ressourcen auf die Belange der Einsatzkräfte zur Bewältigung aller Einsatzlagen optimiert werden. Hierzu hat Eichele mit der Personalvertretung das Projekt „Bereitschaftspolizist/-in 2015“ ins Leben gerufen.

Die GdP Direktionsgruppe Bundesbereitschaftspolizei unterstützt diese Initiative. Aus meiner Sicht ergeben sich Möglichkeiten, Verknüpfungen zu den Polizeien der Länder zu schaffen. Die



Alltag für Bundesbereitschaftspolizisten: randalierende Fußballfans in engen Bahnhöfen

Foto: BPOLABT Hünfeld

Bedürfnisse der Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern dürften sich nicht von denen des Bundes unterscheiden. Ich sehe hier ein Feld, dem sich die Bereitschaftspolizei in ihrer Gesamtheit annehmen sollte.

### Auslandshundertschaften noch ohne konkreten Auftrag

Ein weiteres Aufgabenfeld der Bundesbereitschaftspolizei befindet sich noch im Entwicklungsstadium – die Wahrnehmung verbandspolizeilicher Auslandsmissionen. Die GdP fordert, dass zur Bewältigung gewalttätiger Auseinandersetzungen im Rahmen polizeilicher Auslandsmissionen entsprechend ausgebildete und ausgerüs-

tete geschlossene Einheiten vorzuhalten und einzusetzen sind. Diese sollen grundsätzlich durch die Bundespolizei gestellt werden.

Zwei Auslandshundertschaften mit besonderer Gliederung sind mit der Neuorganisation der Bundespolizei auf dem Papier geschaffen worden. Sie sollen in Sankt Augustin aufgestellt werden. Es fehlt jedoch noch an einer Aufgabenbeschreibung und Konzeption. Hier ist eine zügige politische Entscheidung gefragt. Erst dann kann über Personalauswahl, Fortbildungskonzeption und Ausstattung entschieden werden (siehe hierzu auch Kommentar und Titelthema DP 8/2008).





beim Polizeiobermeister das Ende der Karriereleiter erreicht sein soll. Und auch sonst sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vergleich zu anderen Funktionen in der Bundespolizei, aber auch zu den Ländern, in allen Laufbahnen schlechter gestellt.

Es ist müßig, Argumente zu finden, wer denn jetzt die bessere Bewertung verdient. Geradezu schändlich ist es allerdings, krampfhaft Argumente für eine schlechtere Bewertung der Bundesbereitschaftspolizei zu suchen und zu konstruieren. Polizeiarbeit ist Polizeiarbeit, egal ob in Bund oder Land, in der Bereitschaftspolizei oder im Einzeldienst. Jede Polizistin, jeder Polizist ist gleich verantwortlich für polizeiliches Handeln. Des-

**Schwieriger Arbeitsplatz: Raumnot in verdreckten und überfüllten Zügen bei Fanbegleitungen** Fotos: BPOLABT Hünfeld

## Die Bundespolizei stellt 25 Prozent des Gesamtpotenzials deutscher Bereitschaftspolizei

In einem sind wohl alle Bereitschaftspolizeien in Deutschland gleich beansprucht. Sie sollen gleichzeitig:

- personelle Lücken des Einzeldienstes im Tagesgeschäft schließen – und das ohne jeglichen Qualitätsunterschied – am besten durch Abordnung,
- alle besonderen Lagen professionell abdecken mit hohem Fortbildungsstand sowie
- bei jeder Diskussion über Personalabbau, diese Thematik alleine schultern.

So wirklich gut ist diese Erwartungshaltung nicht zu erfüllen. Auch die Bundesbereitschaftspolizei sieht sich diesen Begehrlichkeiten immer wieder ausgesetzt. Wenn die Abstimmung zwischen Bund und Ländern allerdings den Anteil der Bundespolizei an den Bereitschaftspolizeien auf 25 Prozent festlegt, sind alle eventuellen Begehrlichkeiten fehl am Platz. Da nicht davon auszugehen ist, dass die Länder ihren Anteil an der Bereitschaftspolizei erhöhen, führt ein Zugriff auf die Bundesbereitschaftspolizei zur Deckung von Personallücken letztendlich zu einer Schwächung des Gesamtpotenzials an Bereitschaftskräften. Bedenkt man dabei, dass die Bundesbereitschaftspolizei bereits jetzt rund 10 Prozent ihrer Einsatzstunden bei Unterstützungseinsätzen für die Länder ableistet, wird deutlich, wer die Zeche zahlt. Hier muss die Politik ehrlich sein und entscheiden, ob jedweder Zuwachs an polizeilichen Aufgaben polizeiern zu kom-



pensieren ist. Dann muss sie aber auch die Verantwortung für eventuell auftretende Sicherheitsdefizite tragen.

## Sachgerechte Bewertung der Mitarbeiter/innen

Die Bereitschaftspolizeien in Deutschland sind vollkommen unterschiedlich bewertet. Da gibt es Einsatzkräfte in der Gruppe, die im gehobenen Dienst, aber auch Führungskräfte, die im mittleren Dienst angesiedelt sind. Das mag im Rahmen der Stärkung des Föderalismus ja möglich sein – sinnvoll ist es bestimmt nicht. Die GdP in der Bundesbereitschaftspolizei kann allerdings nicht nachvollziehen, warum für die Masse der Einsatzkräfte der Einsatzhundertschaften

halb darf es keine unterschiedliche Bewertung einer gleichen Tätigkeit geben. Die GdP-Direktionsgruppe Bundesbereitschaftspolizei hat sich als Ziel gesetzt, diese Gerechtigkeitslücke zu schließen.

„Wir werden diese Angelegenheit mit allen verfügbaren Mitteln vorantreiben. Die Bundesbereitschaftspolizistinnen und Polizisten sollen alles können, nur befördert werden können sie nicht. Das ist nicht hinnehmbar!“

Mit dieser klaren Ansage verspricht Josef Scheuring die uneingeschränkte Unterstützung des Bezirks Bundespolizei.

**Heinz Selzner, Vorsitzender der GdP Direktionsgruppe Bundesbereitschaftspolizei**



# Ultras in Fußballstadien – Diskrepanz zwischen Support und Gewalt

**In den vergangenen Jahren hat sich das Bild der Fußballfans in den Fußballaren grundlegend geändert. In den Stadien spielen sich Szenen ab, die man bisher nur aus Südeuropa kannte. Großflächige Choreographien, blocküberspannende Fahnen und einstudierte Gesänge prägen das neue Bild in den Fußballstadien. Auf das Kommando eines ausgewählten Vorsängers (Kapo) werden Fangesänge angestimmt sowie Choreographien gezeigt. Diese Gruppierungen nennen sich „Commando“ Cannstadt, Filmstadtinferno, Phoenix Sons, Ultras Frankfurt oder Subtras Rostock. Diese Fußballfans sind mittlerweile ein fester, vielerorts sogar einflussreicher Bestandteil der Fanszene. Diese Fangruppen begleiten mittlerweile fast alle Vereine der 1. und 2. Liga und sind meist unabhängig von diesen bzw. den offiziellen Fanclubs organisiert. Neben dem Engagement für ihre Mannschaft versuchen sie, gegen die zunehmende Kommerzialisierung des Fußballs einzutreten und fühlen sich als Interessenvertreter der echten Fußballfans.**

Ultragruppen entwickelten sich auch die ersten Rivalitäten und Allianzen zwischen denselbigen. Neben politisch rechts- oder links-orientierten Auffassungen konnten auch regionale oder innerstädtische Konflikte für einen erbitterten Hass zwischen den Anhängern sorgen. Infolge dieser starken Rivalitäten kam es zu einem sprunghaften Anstieg der Gewalt in den Fußballstadien, welche eine deutliche Erhöhung der Polizeipräsenz zur Folge hatte und zu einer Verlagerung der Gewalttätigkeiten auf das Stadionumfeld führte. In den 80er Jahren kam es zu einer Entpolitisierung der Ultraszene. Diese ging einher mit der fortschreitenden Entpolitisierung der gesamten Gesellschaft Italiens. So wird

## Die Entstehungsgeschichte der Ultrabewegung

In Italien in den späten 60er Jahren ist der Ursprung der Ultrabewegung zu sehen. Fasziniert von den linksgerichteten Studentenprotesten, wie den „Heißen Herbst“ der Arbeiterbewegung 1969, beschlossen jugendliche Fußballfans die Stadien zu nutzen, um ihre kritische Haltung gegen die soziale Ungerechtigkeit im Land darzustellen. 1968 gründete sich die erste organisierte Ultragruppierung im Umfeld des AC Mailand. An Anlehnung an diese Gründung entstanden verstärkt in Norditalien ähnliche Gruppen, die ihre Mannschaft unterstützten. Der Name „Ultra“ ist auf ein Spiel des AC Turin zurückzuführen. Weil jugendliche Fans die Entscheidungen des Schiedsrichters gegen ihre Mannschaft nicht akzeptieren wollten, verfolgten sie den Schiedsrichter bis zum Flughafen. Dieses Verhalten wurde durch die italienischen Medien als „Ultra“ definiert. Ein Transparent mit der Aufschrift „Ultras“ wurde zum ersten Mal 1971 in der Kurve von Sampdoria Genua gezeigt. Diese Bezeichnung wurde dann von der neu entstandenen Jugendkultur übernommen, um sich von den herkömmlichen Fußballfans (Tifosi) abzugrenzen.

Die neu entstandenen Gruppen bestanden häufig aus Cliquen Gleichaltriger (zwischen 15 und 20 Jahren), die aus demselben Stadtteil kamen und häufig dieselbe Schule besuchten. Diese Gruppen zeichnete besonders ihre Kameradschaft, ihr Zusammenhalt sowie die Auflehnung



Ultras des Fc Hansa Rostock gegen Paderborn.

gegen traditionelle Autoritäten aus. Dieses Verhalten übte eine große Faszination auf andere Jugendliche aus, so dass diese Gruppen schnell anwuchsen und die herkömmlichen Fußballfans aus den Kurvenbereichen der Stadien verdrängt wurden. Mit Transparenten und Zaunfahnen markieren die unterschiedlichen Ultragruppen ihre „Gebiete“. Wichtigstes Erkennungsmerkmal der Mitglieder der Ultragruppierung war der Schal in den Farben des Vereins.

Kurze Zeit nach der Etablierung der

derzeit eingeschätzt, dass nur wenige politisch links orientierte Gruppen diesen Prozess überlebt haben. Mittlerweile ist festzustellen, dass seit Mitte der 90er Jahre rechtsradikale Ultragruppen in den Kurven die Mehrheit bilden. Einzelne Ultragruppierungen weisen eine Mitgliederstärke von bis zu 15.000 Personen auf, die aufgrund ihrer Größe mittlerweile zu einem beängstigenden Machtfaktor angewachsen sind. Nach aktuellen Schätzungen sind in Italien derzeit rund 300.000 Personen der Ultraszene zuzuordnen.



### Die Ultrabewegung in Deutschland

Seit Beginn der 90er Jahre erfährt die Ultrabewegung in Deutschland einen deutlichen Zulauf. Insbesondere seit der Jahrtausendwende ist die Anzahl der Mitglieder sprunghaft angestiegen. Ultragruppierungen nutzen zur Selbstdarstellung unterschiedliche Plattformen. Eigene Fanszines oder auch selbst kreierte Aufkleber gehören zu den Standardutensilien – wie auch ein entsprechender Internetauftritt der Gruppierung. Insbesondere der Internetauftritt gewinnt zunehmende Bedeutung. In diesem Medium präsentieren die unterschiedlichen Gruppen ihre Aktionen in den Stadien und suchen so nach Anerkennung und Akzeptanz. Gemeinsamkeiten der unterschiedlichen Ultragruppierungen sind schnell gefunden. Die zunehmende Kommerzialisierung des Fußballs sowie die Repressionen durch Ordnungsdienste, Polizei und Stadionverbote bestimmen den gemeinsamen Nenner. Teilweise sind auch politische Grundhaltungen in diesen Fanszenen zu finden. So in den Ultragruppierungen des FC St. Pauli und des SV Babelsberg 03. Viele Gruppen berufen sich auf das „Ultra-Manifest“ aus Italien. Neben der Kommerzialisierung des Profifußballs werden folgende Regeln aufgestellt:

„Ultras sollten:

1. Jeden unnötigen Kontakt oder Hilfe durch die Vereine verweigern.
2. Jede Hilfe durch die Polizei verweigern.
3. Untereinander besser zusammenarbeiten.
4. In Eigenorganisation zu Auswärts-spielen reisen.
5. Mit den Ultras anderer Vereine zusammenarbeiten, um die Ware TV-Fußball unattraktiver zu machen.
6. Sich nicht von Autoritäten unterdrücken lassen und an Spielen unbedingt Präsenz zeigen.“

Professor Pilz von der Universität Hannover hat in Untersuchungen die Ultra-Szene in Deutschland analysiert. Die derzeitigen Mitgliederstärken der Gruppen variieren zwischen 20 und 700 Mitgliedern. Vereinzelt kann auch je nach Ablauf der Saison eine Zahl von rd. 1.000 Mitgliedern erreicht werden. Pilz unterscheidet die Gruppenstruktur in drei Zugehörigkeitsradien:

1. der harte Kern (Führungspersonen, tagtägliches Engagement für die Gruppe)
2. Ultras im engeren Sinne (Zahlung von Mitgliederbeiträgen, regelmäßige Teilnahme an Spielen und vereinzelt bei Treffen)

3. ultra-orientierter Fan (sympathisieren mit den Ultras und beteiligen sich an den Aktionen im Block, werden aber nicht als Mitglieder geführt).

Deutschlandweit haben die Ultragruppierungen starken Zulauf. Insgesamt schätzt Prof. Pilz die Anzahl der Mitglieder der Zugehörigkeitsradien 1 und 2 auf ca. 7.000 Personen. Diese Anzahl bezieht sich auf die drei obersten Spielklassen. Ähnlich wie in Italien wird die Altersstruktur von Personen zwischen 15 und 25 Jahren bestimmt. Die öffentliche Wahrnehmung der Ultragruppierungen ist maßgeblich geprägt durch die Berichterstattung seitens der Presse. Aufgrund der reißerischen Berichterstattung werden die Ultragruppierungen fälschlicherweise mit Hooligangruppen gleichgesetzt. Hooligans haben in erster Linie das Ziel, sich mit Gleichgesinnten Auseinandersetzungen zu liefern. Ultras wollen mit Choreographien auf sich aufmerksam machen und den besten „Support“ im Stadion zeigen.

Dem ursprünglichen Gedankengut entgegen ist derzeit bei vielen Vereinen in der 1. und 2. Fußballbundesliga sowie auch bei einigen Vereinen der Regionalliga eine zunehmende Einwirkung auf die Vereinspolitik erkennbar. Des Weiteren sind die Ultras bestrebt, durch den Verkauf von T-Shirts und Fanutensilien einen eigenen Merchandisingbereich zu etablieren. So stellten z. B. die Ultras des Regionalligisten Dynamo Dresden einen Forderungskatalog auf, in welchem sie z. B. Freikarten, das Recht auf freie unzensurierte Choreographie und vor allem ein Mitspracherecht in der Vereinspolitik verlangten. Nachdem ein Vorstandsmitglied zur Durchsetzung dieser Interessen bedroht wurde, entschied sich der Verein für ein hartes Vorgehen gegen diese Gruppierung und sprach insgesamt 40 Stadionverbote aus.

Beim Bundesligisten Karlsruher SC versuchten Ultras ebenfalls Einfluss auf die Vereinspolitik zu nehmen. Dieses Ansinnen wurde von den Vereinsgremien konsequent verhindert. Daraufhin sagten die Ultras sämtliche Choreographien im Stadion ab und führten am 23.11.2007 eine Demonstration zur Durchsetzung ihrer Interessen durch.

### Feindbilder der Ultras

Die Universität Hannover veröffentlichte in dem Buch „Wandlungen des Zuschauerhaltens im Profifußball“ die



grundsätzlichen Feindbilder der Ultra-Gruppierungen:

1. die Polizei,
2. der DFB/die DFL und
3. die UEFA/die FIFA.

97 Prozent der Ultras in den neuen und 71,7 Prozent der Ultras aus den alten Bundesländern gaben in der Untersuchung von Prof. Pilz an, dass das Verhältnis zur Polizei schlecht ist. Aus einem Interview zitiert Prof. Pilz ein Mitglied der Ultraszene wie folgt: „Das Verhältnis zur Polizei – das sind Arschlöcher, das sind einfach Arschlöcher. Diese Leute sind dafür angestellt, uns irgendwie was anzuhängen. Kommen pissfreundlich daher, wollen lediglich ein paar Informationen haben und von hinten treten sie dir dann noch mal nach. Also meinetwegen können die alle tot umfallen und möglichst sofort.“

Die tiefgreifende Ablehnung gegenüber der Polizei kommt in einem weiteren Interview deutlich zutage: „Wenn mein Kind Bulle werden will, würde ich’s, glaub ich, umbringen. Das wäre die Niederlage meines Lebens. Der kann schwul werden, der kann Marsmännchen anbeten.“

Durch die vorherrschende Grundeinstellung der Ultras werden polizeiliche Maßnahmen häufig als übertrieben willkürlich und nicht verhältnismäßig empfunden. Ein großes Polizeiaufgebot empfinden Ultragruppierungen bereits als Provokation und Anlass für Auseinandersetzungen.

Das zweite Feindbild richtet sich gegen Verbände und Institutionen wie den Deutschen Fußballbund und die Deutsche Fußballliga. Aus Sicht der Ultragruppierungen sind sie verantwortlich für die Kommerzialisierung des Fußballs und somit nach ihrem Empfinden für nicht-fangerechte Anstoßzeiten und willkürlich verhängte Stadionverbote.

### Erkennbarkeit der Ultras

Die Bekleidung von Ultragruppen spielt eine herausragende Rolle bei der Darstellung der Gruppe. Neben Markenbekleidung von Szene-Ausstattem wie „Hooligan“, „Umbro“, „Troublemaker“, „Pitbull“ werden auch Polo- und Kapuzenshirts mit szenetypischen Symbolen und Motiven getragen. Neben dieser szenetypischen Bekleidung gehört die Bekenntnis zum Verein ebenfalls zur Pflicht eines Ultras. So werden in der Regel Fanschals bzw. Mützen mit Vereinslogos oder Gruppenzugehörigkeit getragen. Immer beliebter werden bei Ultra-

gruppierungen schwarze Kapuzenshirts ohne Aufschrift. Dazu werden häufig Fanschals der zu unterstützenden Mannschaft getragen.

Das hat für die Ultras den Vorteil, dass bei Aktionen bzw. Maßnahmen der Polizei schnell die Bekleidungsstücke zur Verummung genutzt werden können. Neben der Bekleidung ist es den Ultragruppierungen auch wichtig, bereits auf dem Weg zum Stadion durch ein geschlossenes Auftreten und das Zelebrieren von eingübten Fangesängen auf sich aufmerksam zu machen.

### Ultragruppierungen und Gewalt

Prof. Pilz stellt in der Abhandlung „Wandlungen des Zuschauerhaltens im Profifußball“ folgendes fest: „Fakt ist, Ultra war noch nie gewaltfrei, das wäre gelogen. Aber Ultra ist auch nicht gewalttätig, dass man diese Repressalien anwenden muss, wie auf Hooligans.“ Die Entwicklungen in der Ultraszene nach der Fußball-WM 2006 in Deutschland, die gekennzeichnet ist durch eine deutlich angestiegene Gewaltbereitschaft erfordert mittlerweile einen gleichen Ansatz präventiver polizeilicher Maßnahmen wie auf Hooligans. Der Ultraszene gelingt es immer weniger, sich von dem gewaltbereiten Teil zu distanzieren und den Einfluss dieser Personen zurückzudrängen. Gewaltformen sind bspw.

- a) das Abbrennen von Pyrotechnik in den Stadien,
- b) tätliche Beleidigungen,
- c) das Werfen von Gegenständen auf das Spielfeld oder in benachbarte Zuschauerbereiche,
- d) das Entwenden von Fahnen und Schals gegnerischer Fans,
- e) Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte,
- f) Körperverletzungen,
- g) Landfriedensbruch.

Kennzeichnend für Ultragruppierungen ist ein hoher Solidarisierungseffekt. Dieser tritt insbesondere bei Maßnahmen der Polizei oder des Ordnungsdienstes zutage. Grundsätzlich werden die Maßnahmen der Polizei und des Ordnungsdienstes als unverhältnismäßig und willkürlich dargestellt. Sie werden als willkommene Gelegenheit genutzt, um Auseinandersetzungen zu provozieren bzw. durchzuführen. Äußerst sensibel reagieren Ultragruppierungen bei Maßnahmen in „ihrem Blockbereich“.

Es besteht das Bestreben, diese Blockbereiche als „polizei- und ordnungs-

dienstfreie Zonen“ zu gestalten. Durch eine hohe Solidarisierung soll erreicht werden, dass sowohl polizeiliche als auch ordnungsdienstliche Maßnahmen im Block nicht durchgeführt werden können, um so ungehindert ihre Fankultur ausleben zu können.

### Die Ultraszene des FC Hansa Rostock

In der Fanszene des FC Hansa Rostock versammeln sich rd. 300 Personen der Kategorie B (gewaltgeneigter Fan) und 80 Personen der Kategorie C (Hooligan). Zahlreiche Personen der Ultraszene werden in der Kategorie B erfasst. Unter Hinzurechnung der ultraorientierten Fans kann derzeit von einer Stärke der Ultraszene von ca. 500 Personen ausgegangen werden. Die Ultraszene des FC Hansa Rostock stellt momentan eine der gewaltbereitesten des Profifußballs in Deutschland dar. Kennzeichnend für diese Ultraszene ist auch der hohe Alkoholkonsum. Insbesondere bei Auswärtsfahrten tritt eine hohe Gewaltbereitschaft zutage. Kleinste Anlässe werden genutzt, um Auseinandersetzungen zu provozieren oder zu führen.

Bedenklich ist die Tendenz, friedliche Fans des gegnerischen Vereins mittels körperlicher Gewalt ihrer Fanutensilien zu berauben.

### Fanszene Rostock e.V.

Zu Beginn der Hinrunde der Saison 2008/2009 wurde der Verein „Fanszene Rostock e.V.“ gegründet. Er versteht sich als eine Art Dachverband für alle Hansa-Fans und zählt nach eigenen Angaben derzeit 135 Mitglieder. Als Vereinsräume wurden ehemalige Büroflächen in der Hansestadt Rostock angemietet. Nach den zahlreichen Negativschlagzeilen aus der abgelaufenen Saison, verursacht insbesondere durch die Ultragruppierung „Subtras“ und einem daraus resultierenden deutschlandweit negativen Ruf der Rostocker Fanszene soll der neue Name für eine neue positivere Wahrnehmung sorgen und einen Schritt weg von der Gewaltbereitschaft bedeuten. Durch die Bildung des Vereins Fanszene Rostock e.V. wurden bisher bestehende Ultrastrukturen aufgelöst, so dass derzeit die Herausbildung neuer Strukturen im Vordergrund steht. Es ist derzeit festzustellen, dass sich die Führungspersonen des Vereins bemühen, die Gewaltbereitschaft der Fanszene zu minimieren und Einfluss auf gewaltbereite Fans nehmen.

Neben der bekannten Gewaltproble-



## FUSSBALL UND GEWALT

matik ist auch eine zunehmende Politisierung der Ultraszene erkennbar. Gewaltbereite autonome Klientel mit entsprechendem Auftreten als sogenannter „Schwarzer Block“ ist verstärkt bei Heim- und Auswärtsspielen festzustellen. Eine enorme Emotionalisierung der Szene brachte die Umbenennung des Ostseestadions in DKB-Arena (die Deutsche Kreditbank erhielt im Juli 2007 den Zuschlag für den Kauf der Namensrechte des ehemaligen Ostseestadions) mit sich. Hier griffen die bekannten Denkstrukturen und Mechanismen der Ultraszene. Die Umbenennung symbolisiert für den ganz überwiegenden Teil der Szene die fortschreitende Kommerzialisierung des Fußballs. So wurden am 17.8.2007 am Vorabend des Saisonöffnungsspiels gegen den 1. FC Nürnberg aus einer Gruppe von ca. 50 verummten Personen heraus Farbbeutel gegen das neue Namensschild DKB-Arena geworfen. Am 20.10.2007 fand eine Demonstration zum Thema Stadionumbenennung statt. Diese hohe Emotionalisierung setzte sich im November 2007 auf der Mitgliederversammlung des FC Hansa Rostock fort. In einer hitzigen Diskussion wurde das Thema insbesondere durch die Ultraszene vorgebracht. Es war festzustellen, dass auch die klare Absicht vorherrscht, Einflussnahme auf die Politik des Vereins zu nehmen. Wie kompliziert sich die Zusammenarbeit zwischen der Ultraszene und dem Verein gestaltet, zeigen die Ereignisse um das Spiel gegen Schalke 04 am 20.10.2007.

Nachdem durch die Problemfanklientel in den Blöcken 27 und 27a der Einsatz von Polizei und Ordnungsdienst durch Zeigen von Transparenten provoziert worden war, kündigte der „Fanszene Rostock e.V.“ die Zusammenarbeit mit dem Verein und versuchte, den Rest der Anhängerschaft mit einem Stimmungsboykott zu solidarisieren. Dieses misslang, so dass dieser Boykott nach zwei Spieltagen aufgehoben wurde. Mittlerweile ist eine deutliche Annäherung zwischen dem Verein Fanszene Rostock e.V. und dem FC Hansa Rostock zu verzeichnen. Aktuell erstellt der Verein Fanszene Rostock e.V. einen Ehrenkodex, in welchem akzeptierte Verhaltensweisen seiner Mitglieder niedergelegt werden sollen. Allerdings ist noch völlig unklar, ob und welche Sanktionen bei Nichtbefolgen greifen werden. Es ist davon auszugehen, dass dieser Prozess der Erarbeitung eines Ehrenkodexes sich noch lange hinziehen wird und somit kurzfristig keine messbare Bindungswirkung entsteht.

Besorgniserregend ist die Tatsache, dass es scheinbar den Rostocker Problemfans gelungen ist, Kontakte zu Gleichgesinnten nach Polen zu knüpfen.

Bei der Begegnung der 1. Fußballbundesliga zwischen dem FC Hansa Rostock und Eintracht Frankfurt wurden insgesamt 25 polnische Staatsangehörige festgestellt, die offensichtlich der dortigen Problemfanszene angehören. Diese befanden sich auf Einladung der Rostocker Problemfans in Rostock und hielten sich in der Spielphase im Block 27 auf.

Im Zuge der Nahbereichsfahndung nach einer Körperverletzung gegen einen Frankfurter Fan konnte eine Gruppe von 20 Personen vorläufig festgenommen werden.

Neben sieben deutschen Personen die einen Eintrag in der Datei Gewalttäter Sport hatten und von denen zwei Sturmhauben bzw. Mundschutz mitführten, konnten neun polnische Staatsangehörige ebenfalls festgenommen werden. Ihre Wohnorte befanden sich im Raum Kattowice.

Sollte es den Rostocker Problemfans gelingen, die Kontakte zur polnischen Problemfanszene zu vertiefen und gegenseitige Besuche zu organisieren ist von einer deutlichen Steigerung des Gefahrenpotentials bei Heimspielen des FC Hansa Rostock auszugehen. >



### Polizeiliche Maßnahmen gegen gewalttätige Ultras

Gewalttätige Mitglieder von Ultragruppierungen müssen mit gleichen präventiv-polizeilichen Mitteln bekämpft werden wie Hooligans. Wie in den vorherigen Ausführungen schon dargestellt, ist von einer gleich hohen Gewaltbereitschaft wie bei Hooligans auszugehen. Aber anders als bei Hooligans werden nicht nur Gleichgesinnte als Ziel der Auseinandersetzungen gesucht. Die **Gefährderansprache** kommt als erste Stufe möglicher präventiv-polizeilicher Maßnahmen in Betracht. Sie soll den potenziell gewaltbereiten Problemlern aus seiner Anonymität holen. Die Gefährderansprachen kann sowohl mündlich durchgeführt als auch dem Betroffenen persönlich schriftlich zugestellt werden. Empfehlenswert ist hierbei, dem Adressaten nach dem Wortlaut nicht nahezulegen, auf den Besuch eines Fußballspiels oder sonstiger relevanter Veranstaltungen zu verzichten, da diese Vorgehensweise mit einem Grundrechtseingriff verbunden wäre. Demzufolge kann sie nur dann auf die polizeirechtliche Generalklausel gestützt werden, wenn eine konkrete Gefahr vorliegt und die durch Tatsachen belegte Besorgnis besteht, der Adressat werde mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Straftaten begehen, die im sachlichen Zusammenhang mit der Gefährderansprache stehen. Erfahrungen während der WM 2006 und im Zusammenhang mit Länderspielen belegen, dass die Anwendung insbesondere

von Gefährderansprachen sinnvoll erscheint.

Als zweite Stufe präventiv-polizeilicher Maßnahmen kommt bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen das **Aufenthaltsverbot** in Betracht. Grundlage hierfür ist der § 52 Abs. 3 des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (SOG M-V): „Rechtfertigen Tatsachen die Annahme, dass eine Person in einem bestimmten örtlichen Bereich eine Straftat begehen wird, so kann ihr für die Dauer von bis zu 10 Wochen untersagt werden, diesen Bereich zu betreten und sich dort aufzuhalten. Örtlicher Bereich in diesem Sinne ist ein Ort, ein Gebiet innerhalb einer Gemeinde oder auch ein gesamtes Gemeindegebiet. Das Verbot ist zeitlich und örtlich auf den erforderlichen Umfang zu beschränken und darf räumlich nicht den Zugang zur Wohnung des Betroffenen umfassen. Die Vorschriften des Versammlungsrechts bleiben unberührt.“ Die erforderlichen Tatsachen werden sich in der polizeilichen Praxis darauf stützen, dass der Betroffene in der Vergangenheit bei Fußballspielen einschlägig polizeibekannt gemacht worden ist. So z. B. durch das Begehen von Straftaten, durch Gewahrsamnahmen bzw. die Feststellung seines Aufenthalts in einer gewaltbereiten Gruppe.

Die Abstimmung über das Aufenthaltsverbot erfolgt zwischen der zuständigen Polizeidienststelle und der zuständigen Ordnungsbehörde der Kommune. Derzeit gibt es kaum Erfahrungen,

welche rechtlichen Voraussetzungen die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der Gefahrenprognosen an derartige Verfügungen stellt. Es ist zeitnah damit zu rechnen, dass Personen, gegen die ein Aufenthaltsverbot ergeht, diese einer richterlichen Überprüfung zuführen.

Als weitere Stufe präventiv-polizeilicher Maßnahmen ist die Erteilung von **Meldeauflagen** möglich. Eine Meldeauflage bedeutet, dass die von der Maßnahme betroffene Person dazu aufgefordert wird, sich zu einem bestimmten festgelegten Zeitpunkt bei einer Einrichtung der Polizei oder der Ordnungsbehörde einzufinden. Meldeauflagen müssen zweckmäßigerweise zeitlich so festgelegt sein, dass es dem Adressaten ohne Versäumnis dieser Zeiten nicht möglich ist, rechtzeitig zu einem bestimmten Spielort oder dessen Nähe zu gelangen, um dort an gewalttätigen Auseinandersetzungen teilzunehmen. Grundlagen einer solchen Auflage sind die §§ 13 i.V.m. 16 SOG M-V. Eine Spezialnorm ist im SOG M-V derzeit nicht vorhanden. Die Abstimmung einer derartigen Meldeauflage erfolgt ebenfalls zwischen der zuständigen Polizeidienststelle und der zuständigen Ordnungsbehörde. Die Anwendung von Meldeauflagen beinhaltet jedoch zwei wesentliche Probleme. Das Aussprechen von Meldeauflagen gegen Betroffene macht nur Sinn, wenn deren Wohnort eine bestimmte Entfernung zum Spielort aufweist. Des Weiteren erscheint der Vollzug einer solchen Verfügung derzeit proble-



matisch, da es kein geeignetes Zwangsmittel zur Durchsetzung dieser Verfügung gibt. Auch das Zwangsmittel Zwangsgeld (§ 88 SOG M-V) ist untauglich, da es den Störer schon aufgrund der zeitlichen Komponente nicht zwingen kann, der Verfügung nachzukommen. Da das Zwangsmittel Zwangsgeld keine Strafe darstellt, kann dieses bei Nichtbefolgen der Verfügung nach Wegfall des Grundes (Beendigung des Fußballspiels) nicht erhoben werden. Ohne Änderung dieser gesetzlichen Bestimmungen ist die Maßnahme der Meldeauflagen bei Einzelterminen ein untaugliches Mittel zur Verhinderung von Gewalt bei Fußballspielen.

Als letzte Stufe präventiv-polizeilicher Maßnahmen kommt die **Gewahrsamnahme** potenzieller Störer in Betracht. Aufgrund der Intensität dieses Grundrechtseingriffs werden an diese Maßnahmen hohe Anforderungen gestellt. Gem. § 55 Abs. 1 Nr. 2c SOG M-V kann eine Person in Gewahrsam genommen werden, wenn dies unerlässlich ist und die unmittelbar bevorstehende Begehung oder Fortsetzung einer Straftat zu verhindern; die Annahme, dass eine Person eine solche Tat begehen wird, kann sich u. a. darauf stützen, dass sie in der Vergangenheit bereits aus vergleichbarem Anlass bei der Begehung von Straftaten als Störer angegriffen worden und Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine Wiederholung dieses Verhaltens zu erwarten ist. Darüber hinaus kann diese Annahme durch Variante 2b untermauert werden, wenn diese Person Waffen, Werkzeuge und sonstige Gegenstände (z. B. Passivbewaffnung), die ersichtlich zur Tatbegehung bestimmt sind oder erwartungsgemäß bei derartigen Taten verwendet werden, mit sich führt. Allerdings dürfte diese Variante in der Regel nur bei entsprechendem Antreffen mit zeitlichem und örtlichem Bezug zu entsprechenden Veranstaltungen praktikabel und deshalb nur für die Polizei relevant sein.

### Strafverfolgungsmaßnahmen

Sollte es polizeiliches Ziel sein, die Beweise so zu sichern, dass ein beschleunigtes Verfahren gem. §§ 417 ff. StPO zur Anwendung kommt. Diese Zielstellung ermöglicht, dass die Strafe „auf dem Fuße folgt“ und ein konsequenteres Arbeiten mit bundesweiten Stadionverboten zeitnah erfolgt.

### Polizei und Fanarbeit

In einer mehr und mehr pluralistisch ausgeprägten Gesellschaft gewinnt die



Ultras des FC Hansa Rostock in Bielefeld.

Fotos: Kühl

Fanarbeit immer größere Bedeutung. Auch die Polizei kann sich diesem Trend nicht entziehen. Die Fanarbeit kann nicht alleine den Vereinen bzw. den Fangruppierungen überlassen werden. Neben den vorhandenen Instrumentarien der Vereine von Fanbetreuern sollten kommunale Fanprojekte zum Standard von Spielorten des Erst- und Zweitligafußballs gehören. Die Polizei muss sich in diesen Prozess einbinden lassen. Ein ständiger Kontakt zwischen dem Verein und den Fangruppierungen erscheint zunehmend unerlässlich. Die gestiegene Gewaltbereitschaft macht den Vereinen und Fanclubs genauso zu schaffen wie der Polizei.

Des Weiteren erzeugt eine offene Kommunikation mit den Fans mehr Verständnis für die polizeilichen Maßnahmen. Es gelingt so, Gewaltbereiten potenziell immer weniger, polizeiliche Maßnahmen falsch darzustellen und somit die sogenannten Mitläufer für sich zu gewinnen. Deshalb ist es wünschenswert, darauf hinzuwirken, dass Polizeibeamte sowohl regelmäßig an Gesprächsrunden der Fanbeiräte, der Fanclubs und der Vereinsgremien teilnehmen, um über polizeiliche Maßnahmen, über Tendenzen in der Fanszene, aber auch Problemfälle zu berichten.

### Stadionverbote

Gegen Personen, die im Zusammenhang mit Fußballveranstaltungen sicherheitsgefährdend aufgetreten sind, kann der Hausrechtsinhaber für die Platzanlage

ein Stadionverbot festsetzen. Da für die Überwachung/Einhaltung von Stadionverboten der Hausrechtsinhaber zuständig ist, beschränkt sich die Aufgabe der Polizei grundsätzlich darauf, dieses bei Bedarf und auf Anforderung des Hausrechtsinhabers durchzusetzen. Die Rolle der Polizei im Zusammenhang mit Stadionverboten ergibt sich häufig daraus, dass diese sie bei dem Hausrechtsinhaber (Verein) beantragt. Somit ergibt sich die Verpflichtung, mit diesem Instrumentarium sehr gewissenhaft umzugehen, da es für einen Fußballfans emotional die schärfste Bestrafung darstellt. Somit ist vor jeder Beantragung eines Stadionverbotes im Einzelfall zu prüfen, ob das Vergehen diese Sanktion rechtfertigt und auch mit welcher Dauer diese Sanktion ausgesprochen werden soll.

Die Novellierung der Stadionverbotsrichtlinie im Jahr 2005 durch den DFB ermöglicht den Vereinen und der Polizei, Stadionverbote unter Auflagen auszusprechen. Dieses Instrumentarium hat sich bewährt und findet auch bei den Fans große Akzeptanz.

### Ultragruppierungen bei unterklassigen Fußballspielen

Der Trend, dass einzelne Ultragruppierungen unterklassige Fußballspiele besuchen, hat sich seit der WM 2006 verstärkt. Mit dem Ziel, ihre ultrabezogene Fankultur auszulegen, werden diese Spiele besucht. Durch die Nichtanwesenheit der





Polizei bzw. nur weniger Ordner kann hier das Ultraverhalten uneingeschränkt ausgelebt werden. Das Zünden von Pyrotechnik stellt dabei noch die geringste Form des Ultraverhaltens dar. Des Öfteren führt das Ultraverhalten gepaart mit einem erheblichen Alkoholgenuss zu körperlichen Auseinandersetzungen mit gegnerischen Fans bzw. Ordnungspersonal. In allen Landesteilen Mecklenburg-Vorpommerns ist das Agieren kleinerer Ultragruppierungen bekannt. Die Größe der Gruppen bewegt sich zwischen 10 und 30 Personen. Festzustellen ist, dass häufig 2 bis 3 Personen dieser Gruppierungen bereits Gewalterfahrungen im Zusammenhang mit Fußballspielen haben und jüngere ultra-orientierte Personen mit in ihre Gruppe integrieren.

Die unterklassigen Vereine stehen diesem Phänomen häufig hilflos gegenüber. Zum einen fehlt ihnen die Erfahrung im Umgang mit solchen Gruppen und zum anderen geschultes Ordnungspersonal. Auch sind die Vereine mit ihren

ehrenamtlichen Führungen finanziell nicht in der Lage, einen professionellen Ordnungsdienst zu engagieren. Ziel sollte es sein, mittels verbandsinterner Richtlinien (Sicherheitsrichtlinie, Stadionverbotsrichtlinie) gewaltbereite Ultragruppierungen auch von unterklassigen Spielbegegnungen auszuschließen. Auch die präventive Arbeit der Fußballverbände sollte durch die Polizei unterstützt werden. Die Aufklärung der Vereine über dieses Phänomen sowie den Umgang mit diesen Phänomenen könnte Bestandteil polizeilicher Präventionsarbeit sein. In Mecklenburg-Vorpommern ist es durch die Durchführung von Regional Konferenzen mit betroffenen Vereinen gelungen, ultraorientiertes Verhalten bei unterklassigen Spielen deutlich zu minimieren. Das offensive Herangehen der Vereine an diese Gruppierungen hat den Erfolg gezeigt, dass die Personen durch das Herausholen aus der Anonymität ihre spielablaufgefährdenden Handlungen nicht mehr durchführen konnten bzw. ihr Verhalten regelkonformer gestalten.

### Zusammenfassung

Das Phänomen von Ultras in Fußballstadien steht in Deutschland erst am Anfang ihrer Entwicklung. Durch die hohe Vernetzung über die modernen Medien erfuhr diese Bewegung in den letzten Jahren einen enormen Zulauf. Zunehmend werden sich die Ultragruppierungen ihrer Macht bewusst und versuchen, auf die Vereinspolitik Einfluss zu nehmen. Es ist absehbar, dass es ihnen gelingen wird, ihre Mitglieder in bestimmte Gremien der Vereine hineinzuwählen. Die zunehmende Gewaltbereitschaft von Ultragruppierungen wird in den nächsten Jahren die Einsätze im Rahmen von Fußballspielen bestimmen. Insbesondere die hohe Anzahl gewaltgeneigter Fans stellen ein polizeiliches Problem dar. Es ist zu prognostizieren, dass mit einer Weiterentwicklung der Ultrabewegung sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht mehr Polizei zur Absicherung von Fußballspielen benötigt wird. **Olaf Kühn**

### STUDIE

## In Gesichtern lesen

**Der emotionale Ausdruck im Gesicht eines Menschen ist äußerst vielschichtig. Wir sind in der Lage unserem Umfeld feinste Unterschiede in unserer Gefühlslage durch bestimmte Gesichtsausdrücke zu vermitteln. Oftmals ist diese nonverbale Sprache genauer, als das, was wir mit Worten sagen können. Wegen der feinen Unterschiede muss natürlich auch der Interaktionspartner diese richtig interpretieren können.**

Es ist leicht verständlich, dass Polizeibeamte die Fähigkeit der Interpretation von bestimmten Gesichtsausdrücken gerade in kritischen Situationen besitzen müssen: Wie aggressiv ist ein Mensch in einer selbstschutzzurelevanten Situation, wie verzweifelt im Kontext von Suiziden, wie ernst nimmt er die Anwesenheit von Beamten im Allgemeinen? Interpretiert man die Situation falsch, also das was der Mensch emotional kommuniziert, kann es zu Fehleinschätzung oder Eskalation kommen. Üblicherweise sind erfahrene Beamte in der Lage, durch jahrelange Übung und eine große Menge von Interaktionen mit Bürgern aller Arten, diese Emotion gut zu erkennen, einzuschätzen und adäquat darauf zu reagieren.

Unter besonderen Belastungen allerdings, so die Vermutung der mit dieser Studie nachgegangen werden soll, reduziert sich die Kompetenz, trotz aller Er-

fahrungen. Beamte, die unter starken sozialen Belastungen stehen, und der Schichtdienst mit seinen Auswirkungen gehört im Vergleich mit anderen Berufen dazu, erleiden möglicherweise unbewusst Einbußen in ihrer Kompetenz Emotionen wahrzunehmen und adäquat darauf zu reagieren. Aus einer belastenden, stressenden Ausgangslage, beispielsweise gegen Ende einer Schicht, kann so ein nervenaufreibender Einsatz werden, in dem nichts so läuft wie sonst. Die automatischen Routinen, auf die man sich sonst so gut verlassen kann, sind aus dem Gleichgewicht. Glücklicherweise kann man Emotionserkennung und -verarbeitung trainieren um diese Einbußen auszugleichen. Sollte sich also zeigen, dass beispielsweise Schichtdienstbelastungen hier einen negativen Effekt haben, dann ist das Ziel dieser Forschung, den Beamten einfache Trainingsmöglichkeiten an die Hand zu geben, mittels derer das übliche, im Be-

ruf notwendige Niveau der Emotionserkennung und -verarbeitung gesichert werden kann.

*Ass. Prof. Dr. Kai J. Jonas, Universität van Amsterdam, Sociale Psychologie*

Dieses von Prof. Jonas initiierte Forschungsprojekt verspricht wertvolle Informationen für den Bereich Aus- und Fortbildung. Gerade die in der Psychologie nicht unumstrittene Menschenkenntnis bildet für den einschreitenden Polizisten oft die einzige Möglichkeit, eine Person einzuschätzen. Dabei ist es unerheblich, ob es sich z. B. um ein Einschreiten gegen einen so genannten „Störer“ im polizeirechtlichen Sinne handelt, oder ob eine Todesnachricht überbracht werden muss.

Langjährige Beobachtungen bestätigen, dass die Wahrscheinlichkeit, das Verhalten einer Person in einer konkreten Situation unter Einbezug deren Gestik und Mimik zu bestimmen, sehr hoch ist.

Insofern ist die Studie zu begrüßen, da sie im Ergebnis Erkenntnisse liefert, die modular in die Aus- und Fortbildung der Polizei eingebaut werden können.

Daher unterstützt die GdP die Studie von Prof. Jonas gerne und bittet hiermit die Leser von DEUTSCHE POLIZEI möglichst rege den sehr interessanten Online-Fragebogen zu bearbeiten – völlig anonym.

Hier der Link zum Fragebogen:

[www.virtlab.de/schichtdienstbelastung.php](http://www.virtlab.de/schichtdienstbelastung.php)

hjm



# **Pflegereform zum 1. Juli 2008**

## **– 2. Teil –**

### Urlaub von der Pflege

Wer pflegt, braucht auch Urlaub. Die Sätze für eine Ersatzpflege haben sich von bisher bis zu 1.431 Euro pro Jahr auf bis zu 1.470 Euro erhöht. Zudem können Angehörige jetzt bereits nach sechs Monaten eine Vertretung beantragen. Bisher galt hierfür eine Wartezeit von einem Jahr. Neu ist, dass pflegende Angehörige auch während ihres Urlaubs (bis zu vier Wochen) Rentenpunkte sammeln.

Bessere Leistungen für Demenzzranke und psychisch Kranke

#### **1. Juli 2008**

- Das Pflegeweiterentwicklungsgesetz tritt in Kraft.
- Der Pflegebeitragssatz wird auf 1,95 Prozent des Einkommens (Kinderlose 2,2 Prozent) erhöht.
- Leistungen der ambulanten Pflege werden erhöht.
- Die Vergütung für stationäre Leistungen wird in der Stufe 3 und für Härtefälle angehoben.

#### **1. Januar 2009**

- Pflegebedürftige und ihre Angehörigen haben Anspruch auf kostenlose Pflegeberatung.

#### **1. Januar 2010**

- Leistungen der ambulanten Pflege werden erneut angehoben.
- Die Vergütung für stationäre Leistungen in der Pflegestufe 3 und für Härtefälle wird erhöht.
- Der Anspruch bei Kurzzeitpflege wird auf 1.510 Euro erhöht.

#### **30. Juni 2011**

- Der Aufbau von Pflegestützpunkten wird bis 2011 mit einem Zuschuss von bis zu 45.000 Euro je Stützpunkte gefördert.

#### **1. Januar 2012**

- Die Vergütung für ambulante Leistungen in den Stufen 1 bis 3, für stationäre Leistungen in der Stufe 3 und für Härtefälle sowie das Pflegegeld in den Stufen 1 bis 3 werden angehoben.
- Der Anspruch bei Kurzzeitpflege wird auf 1.550 Euro erhöht.

#### **2014**

- Die Bundesregierung prüft erstmals, ob es notwendig ist, die Leistungen der Pflegeversicherung an die Lohn- und Preisentwicklung anzupassen (danach alle drei Jahre). Eine Anpassung ist jeweils zum 1. Januar des Folgejahres möglich.

### Qualität soll häufiger geprüft werden

**Ab 2011** werden Pflegeeinrichtungen einmal jährlich – meist unangemeldet – überprüft. Bis dahin soll jedes Heim mindestens einmal kontrolliert worden sein. Die Bewohnerinnen und Bewohner sollen stärker im Mittelpunkt stehen: Wie geht es ihnen wirklich? Werden sie gut ernährt? Sind sie zufrieden? Die Er-



gebnisse werden öffentlich zugänglich sein.

## Ambulante Pflege wird gestärkt

Die ambulante Pflege zu stärken und besser zu stellen ist ein wesentliches Ziel der Pflegereform. Der bereits gültige Grundsatz der Pflegepolitik „ambulant vor stationär“ soll noch stärkere Geltung bekommen. Dazu wurden verschiedene neue Regelungen, Leistungen und Services beschlossen:

- **Erhöhung der Leistungen** für die ambulante Pflege: sowohl bei der Pflege durch Fachkräfte (häusliche Pflegehilfe) als auch bei der Pflege durch Angehörige (Pflegegeld)
- **Einführung einer Pflegezeit**, in der (pflegende) Angehörige von ihrem Arbeitgeber freigestellt werden können, um etwa die häusliche Pflege vorzubereiten und zu organisieren.
- **Möglichkeiten für einen Leistungs-Pool** mehrerer Pflegebedürftiger, um alternative Wohnformen zu fördern, wenn etwa verschiedene pflegebedürftige Personen in Wohn- oder Hausgemeinschaften zusammen leben wollen
- **Pflegeberaterinnen/Pflegeberater** und **Pflegestützpunkte**, die Pflegebedürftige und Angehörige besser über verschiedene Möglichkeiten der Pflege informieren.

## Wer ist Beschäftigter nach dem Pflegezeitgesetz?

Als Beschäftigte im Sinne dieses Gesetzes gelten alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ob sie Voll- oder Teilzeit arbeiten. Das schließt so genannte 400-Euro-Kräfte als auch befristet Beschäftigte mit ein.

## Kurzzeitige Auszeit

Beschäftigte, die in einer akut aufgetretenen Pflegesituation die Versorgung eines Angehörigen organisieren oder sicherstellen müssen, können bis zu zehn Arbeitstage ihrer Arbeit fernbleiben. Dieses Recht steht allen Beschäftigten unabhängig von der Größe des Unternehmens zu.

Voraussetzung ist, dass sich die Pflegebedürftigkeit plötzlich und unerwartet ergeben hat. Das Fernbleiben von der Arbeit muss zudem „erforderlich“ sein. Diese Maßgabe ist dann erfüllt, wenn im Haushalt des Pflegebedürftigen keine andere Person lebt, die die Pflege übernehmen kann und will. Ausschlaggebend kann auch sein, dass der Pflegebedürftige von dem Beschäftigten betreut werden will.

*Quelle: DGB*

## Beiträge zur Pflegeversicherung ab 01. Juli 2008

bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze von derzeit 3600 Euro brutto (außer in Sachsen)

	Beitrags-satz	Versicherten-anteil	Arbeitgeber-anteil
Bis Vollendung des 23. Lebensjahres (ob mit oder <u>ohne</u> Kind)	1,95	0,975	0,975
Ab Vollendung des 23. Lebensjahres für Versicherte <u>mit</u> Kindern	1,95	0,975	0,975
Ab Vollendung des 23. Lebensjahres für Versicherte <u>ohne</u> Kinder	2,2	1,225	0,975
RentnerInnen <u>mit</u> Kindern	1,95	1,95	–
RentnerInnen <u>ohne</u> Kinder	2,2	2,2	–
RentnerInnen mit Geburtsjahr 1939 oder früher (ob mit oder ohne Kinder)	1,95	1,95	–

## Erhöhung der Leistungen der Pflegeversicherung zum 1. 7. 2008

Pflegestufe	bisher	01.07.2008	2010	2012
<b>Sachleistung bei häuslicher sowie teilstationärer Tages- u. Nachtpflege</b>				
Stufe I	384 €	420 €	440 €	450 €
Stufe II	921 €	980 €	1.040 €	1.100 €
Stufe III	1.432 €	1.470 €	1.510 €	1.550 €
Stufe III/Härtefall	1.918 €	unverändert	unverändert	unverändert
Kurzzeitpflege*	1.432 €	1.470 €	1.510 €	1.550 €
<b>Pflegegeld</b>				
Stufe I	205 €	215 €	225 €	235 €
Stufe II	410 €	420 €	430 €	440 €
Stufe III	665 €	675 €	685 €	700 €
<b>Vollstationäre Versorgung</b>				
Stufe I	1.023 €	unverändert	unverändert	unverändert
Stufe II	1.279 €	unverändert	unverändert	unverändert
Stufe III	1.432 €	1.470 €	1.510 €	1.550 €
Stufe III/Härtefall	1.688 €	1.750 €	1.825 €	1.918 €
* für eine Kurzzeitpflege von maximal vier Wochen pro Kalenderjahr				
Künftige Erhöhungen: Die erste weitere Änderung der Leistungen ist für 2015 vorgesehen. Von da an werden Pflegeleistungen generell im Drei-Jahres-Rhythmus an die Preisentwicklung angepasst.				



---

## **Zu: Beleidigung eines Polizeibeamten durch Äußerung der Buchstabenfolge „A. C. A. B.“, DP 9/08**

Mit großem Interesse habe ich in der aktuellen Ausgabe den Bereich Recht – hier speziell die Ausführungen zu dem ACAB-Urteil – gelesen. Mein Fall wäre vielleicht als Ergänzung zu ihrem Hinweis zu sehen und dürfte für die Kollegen nicht uninteressant sein. In meinem konkreten Fall trug der BS ein Sweatshirt mit dem Aufdruck ACAB, dreht sich zu mir und meinen beiden Kollegen um (wir standen ca. 20 m weit entfernt), zeigte einzeln auf die Buchstaben und dann einzeln auf uns. Das Gericht wertete dies als eine Beleidigung und verurteilte den BS zur Zahlung von insgesamt 480 Euro!

*Matthias Lenk, Bremen*

---

## **Zu: Auch Léon braucht Hilfe!, DP 9/08**

Mit Interesse habe ich euren Beitrag zur Knochenmarkspende gelesen und kann dem aus eigener Erfahrung nur zustimmen und bitte alle noch Unentschlossenen, sich registrieren zu lassen. Hier mal ganz kurz meine Geschichte.

Vor ca. zwei Jahren habe ich mich bei Blutspenden für eine Knochenmarkspende registrieren lassen und das Ganze schnell vergessen. Im April kam dann ein Anruf von der DKMS, ob ich noch bereit wäre zu spenden und dass ein junger Mann dringend Hilfe benötigt. Ich sagte sofort zu und man ließ mich und mein Blut nochmals durchchecken (so gründlich bin ich noch nie in meinem Leben untersucht worden!). Es wurde zig verschiedene Blut-

werte genommen, Ultraschall, Röntgen, EKG ...

Nun musste ich noch entscheiden welche Variante ich bevorzuge – ob Knochenmark oder -Stammzellenspende. Nach sehr ausführlicher Beratung entschied ich mich zur Knochenmarkspende und wurde für drei Tage stationär in der Spezialklinik auf einer Krebsstation aufgenommen. Es war ein unbeschreibliches Gefühl als gesunder Mensch mit schwerkranken Menschen auf engem Raum zusammen zu sein. Von den Patienten, Ärzten und Schwestern wurde man überall mit Hochachtung behandelt. Diese Patienten haben alle schon einen sehr langen Leidensweg hinter sich und jeder hofft dass ihm geholfen werden kann.

Nach der Knochenmarkentnahme war ich ziemlich schlapp (es fehlten über 1



---

Liter Blut, trotz Eigenblutspende) und noch ein paar Tage krank und hatte das Gefühl eines Hexenschusses, jedoch auch ein unbeschreibliches Hochgefühl etwas Gutes getan zu haben. Heute erinnern nur noch zwei winzige Narben im Beckenbereich an den kleinen Eingriff.

6 Wochen später kam erneut ein Anruf von der DKMS, ob ich evtl. auch Stammzellen spenden würde, dass es „meinem Patienten“ wieder schlechter geht und er einen Rückfall erlitten hat. Auch diesmal sagte ich zu und musste nach intensiven Untersuchungen mir fünf Tage lang ein Stammzellenvermehrungsmittel selbst spritzen. Dieses hat mich anfangs ganz schön Überwindung gekostet und auch einige Nebenwirkungen wie Kopfschmerzen und Grippe-symptome verursacht. Nach einer Woche übernachtete ich in

Dresden in einer Pension und ging früh morgens zur Stammzellenspende. Das ganze Prozedere dauerte etwas über vier Stunden. In der Aparese wurden meine Stammzellen und mein Blutplasma vom Blut getrennt und dann kam mein Blut leicht gekühlt wieder in meinen Körper zurück. Trotz gereicher Decke fror ich etwas.

Im Anschluss sagte man mir das man das 7-fache an Stammzellen gewonnen hatte, von dem, was eigentlich benötigt war. Daher gab ich meine Zustimmung den Rest für medizinische Forschungszwecke zu verwenden und evtl. etwas für meinen Patienten einzufrieren.

Alle Auslagen (Pension, Fahrkosten ...) wurde von der Krankenkasse meines Patienten getragen.

Nun mein Bitte an alle: Lasst euch registrieren. Es tut nicht weh und man kann

ein Menschenleben retten. Bedenkt bitte, es kann jeden von uns treffen, keiner ist vor Krankheit gefeit. Egal ob Familie, Freunde oder Kollegen. Jeder ist dann froh über Hilfe.

Wenn alles gut geht, erfahre ich im Oktober, ob „mein“ Patient es geschafft hat und nach zwei Jahren kann man erfahren, wem man geholfen hat. Ich jedenfalls würde immer wieder versuchen mit meinem Knochenmark bzw. meinen Stammzellen einem Menschen ein Stück Hoffnung und Lebensmut zu geben.

Übrigens gab es als Dankeschön jeweils eine Urkunde für Lebensretter und eine kleine Anerkennung.

P.S. Dem GdP-Team vielen lieben Dank, dass wir als Polizei uns auch mal zu diesem wichtigen Thema äußern!

*Andrea Hansen, per E-Mail*



# **Zu Gast in Politik und Knast ...**

## **Eine Bildungswoche mit der Evangelischen Kirche in Berlin zum Thema „Die deutsche Einheit wird volljährig“**

**Es gibt Geschichten, die sich am besten erzählen lassen, wenn man an ihrem Ende beginnt. Der Bericht über die Bildungswoche „Die deutsche Einheit wird volljährig ... und was es mit uns zu tun hat“, die die Evangelische Kirche von Westfalen im Mai veranstaltete, ist so ein Fall.**

**24 Polizeibeamte bzw. ihre Partner reisten nach Berlin und erlebten unter der Leitung der Polizeipfarrer Jan-Christoph Borries aus Münster und Burkhard Müller aus Hertfen fünf intensive Tage voller Auseinandersetzungen zwischen Vergangenheit und Gegenwart, großer Politik und ganz persönlichem Erleben.**

Fünf Tage, über die sich zwei Dinge ganz gewiss behaupten lassen: Dass sie alle Beteiligten zum Nachdenken anregen und in Erinnerung bleiben werden.

begegnen einem ehemaligen Häftling – und erleben, was Geschichte mit Menschen macht.



**Im Rahmen ihrer Gespräche mit Politikern lernt die Gruppe aus NRW auch das Jakob-Kaiser-Haus des Deutschen Bundestages kennen. Im größten Haus der Parlamentsneubauten sind u. a. etwa 60 Prozent der Abgeordnetenbüros untergebracht, die Fraktionsstäbe und ihrer Sitzungsräume, die Arbeitsräume der Vizepräsidenten sowie die Verfügungsräume für den Bundesrat und die Bundesregierung.**

Das gilt besonders für die letzte Episode dieser Bildungswoche, dem Besuch im ehemaligen Stasi-Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen. Polizisten aus NRW

Es ist ein schöner, frühlingshafter Tag, ein laues Lüftchen weht und die Sonne strahlt. Im Innern des Sandsteingebäudes, das sich mitten in einem Wohn-

viertel befindet, ist es angenehm kühl. Doch je länger man den Worten von Jürgen Breitbarth lauscht, sie ihre Wirkung entfalten lässt und sich auszumalen wagt, was an diesem Ort, in diesem Gang, ja genau an der Stelle, wo man jetzt gerade steht, bis vor weniger als zwei Jahrzehnten geschehen ist, desto mehr lässt dies einen frösteln. Denn es sind nicht nur die Gitterstäbe vor den Fenstern, die sechs Meter hohe Mauer mit den Wachtürmen an den Ecken oder die Zellen mit ihren gemauerten Pritschen, es sind vor allem Jürgen Breitbarths Schilderungen, die einen wirklich spüren lassen, dass diese Gedenkstätte Hohenschönhausen einmal das Gefängnis Hohenschönhausen war. Ein Untersuchungsgefängnis, in dem das Ministerium für Staatssicherheit – so nannte die DDR ihren die eigenen Bürger terrorisierenden Geheimdienst – ihre politischen Häftlinge wegsperrte. Einer von ihnen war Jürgen Breitbarth. Ein eher kleiner Mann mit schütter gewordenem Haar, Schnauzbart und „Pink Floyd“-Tätowierung auf dem linken Unterarm. Ein Mann, der Späße macht und viel lacht. „Ich gehöre zu denen, die den Teufel mit Lachen vertreiben“, sagt er. Wenn man so will, dann begegnete Jürgen Breitbarth dem Teufel im November 1976.

Der ostdeutsche Liedermacher Wolf Biermann wird während einer Konzertreise durch den Westen auf Veranlassung des SED-Politbüros „ausgebürgert“. Jürgen Breitbarth, über gemeinsame Freunde mit Biermann verbunden, protestiert dagegen: Nachts klebt er Blätter mit der Parole „Ich verlange die Rückbürgerung Biermanns“ an Fensterscheiben. Die Stasi verhaftet ihn – ein Freund hatte ihn verraten, wie Breitbarth Jahre später erfährt. Eingepfercht in einen Kleinstzelle, auf dem zur Tarnung die Aufschrift „Fisch aus Rostock“ und daneben ein lächelnder Hering gepinselt sind, bringt man Breitbarth nach Hohenschönhausen. Es geht alles ganz schnell. „Bis ich realisiert habe, was da mit mir passiert, war ich schon längst in einer Zelle.“ Komplett ausziehen muss sich der damals 22-Jährige – Leibesvisitation. Dann werden ihm



die langen Haare kurz geschoren. „Ich war ein Rocker und die Matte mein ganzer Stolz.“ Binnen Sekunden entreißt man Breitbarth seine Haare, seine Würde. „Von Anfang an wurde einem deutlich gemacht: Du hast keine Chance mehr.“ Aus Jürgen Breitbarth wird für die nächsten 20 Monate eine Nummer. Für die nächsten 20 Monate muss er tagsüber in seiner Zelle stehen, nachts mit dem Rücken auf der Pritsche liegen, Hände und Kopf über der Decke, wenn er einschläft und sich nur ein wenig rührt, wird er geweckt. Für die nächsten 20 Monate wird Breitbarth keinen Menschen sehen, außer seine Verhörer. Die sind ausgebildet in Operativer Psychologie und werfen ihm das in Paragraph 106, Absatz Eins des DDR-Gesetzbuches formulierte Verbrechen vor: „Staatsfeindliche Hetze“. Irgendwann kommt Breitbarth frei und gelangt in den Westen. Auch dort lässt ihn die Stasi nicht aus den Augen. Ein Onkel Breitbarths versorgt die Stasi mit Informationen, als „Inoffizieller Mitarbeiter“.

Breitbarths Schicksal gleicht dem von Zehntausenden, die in den etwa 40 Jahren, die das Hohenschönhausener Gefängnis als solches genutzt wird, eingekerkert und durch die Haft, die völlige Isolation und psychologische Folter gebrochen werden. Viele von ihnen leiden unter psychischen Krankheiten, wenn sie nicht in



**Ein Mitarbeiter der Birtler-Behörde führt durch das riesige Archiv, dessen Aufarbeitung noch Jahrzehnte benötigen wird.**

der Haft oder an ihren Folgen gestorben sind. Hohenschönhausen ist heute eine Gedenkstätte, doch das Unrecht bleibt: Von den Tätern leben viele in naher Umge-

bung des einstigen Gefängnisses. Ehemals Inhaftierte treffen ihre Peiniger tagtäglich. Auf der Straße, an der Kasse im Supermarkt, in der Straßenbahn. Eine Ohnmacht, der wenig entgegen zu setzen ist. „Man darf bei solchen Begegnungen nicht ausrasten, denn dann würde man genau zu dem, was die aus einem machen wollten: zum Gesetzesbrecher.“ In solchen Situationen hilft Breitbarth seine eigene Überzeugung. „Ich bin Pazifist und Christ. Ich fasse keine Waffe an.“

immer wieder und oft unerwartet aus den Mündern der unterschiedlichsten Personen und in den verschiedensten Momenten. Jürgen Breitbarth, der einst Inhaftierte, der heute Besuchergruppen durch die

Gedenkstätte Hohenschönhausen führt, sagt diesen Satz. Ebenso Wolfgang Thierse (SPD), Bundestagsvizepräsident, und Arnold Vaatz (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Außer ihrem



**Polizisten hören einen ehemaligen Häftling zu – Jürgen Breitbarth (rechts) berichtet von seiner Zeit als Häftling im Stasi-Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen.**

der Haft oder an ihren Folgen gestorben sind.

Hohenschönhausen ist heute eine Gedenkstätte, doch das Unrecht bleibt: Von den Tätern leben viele in naher Umge-



**Gefangenzelle im Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen – die Holzpritsche war in den 50er Jahren in der Untersuchungshaft in Hohenschönhausen bereits ein Luxus.**

Christsein verbindet diese Menschen noch etwas mit einander: die enge Verwobenheit ihrer Biographie mit der deutschen Wiedervereinigung. Und um beide Dinge





geht es in dieser Bildungswoche: Christsein und politische Geschichte. Untergebracht im Gästehaus der Zehlendorfer Schwesternschaft des evangelischen Diakonievereins beginnen die Tage mit einer morgendlichen Andacht: „eine wirkliche Bereicherung, die Kraft und Muße schenkt“, wie ein Teilnehmer, sagt – und „ungewohnt, aber anregend“, so Claudia Althoff aus Oberhausen. Es folgen Exkursionen, zum Beispiel der Besuch im ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit der DDR.

Steffen Leide führt die Gruppe durch das Gebäude, zeigt die perfiden Abhörtechniken der Stasi, wie die Gießkanne mit integrierter Fotokamera, „mit der Trauergemeinden bei Beerdigungen Oppositioneller auf Friedhöfen unauffällig fotografiert wurden.“ Zur Führung gehört auch der Gang durch die einstigen Büroräume des Stasi-Chefs Erick Mielke. Muffige Zimmer, eingerichtet im Stil der 60er Jahre, von denen aus der autoritäre Mielke den staatlichen Terror leitete. „1989 hatte die Stasi etwa 91.000 hauptamtliche Mitarbeiter, hinzu kamen weit mehr als 100.000 Inoffizielle Mitarbeiter“, berichtet Bernd Florath von der „Birther-Behörde“, die die Unterlagen der Stasi sichert und auswertet. Unterlagen, die aneinandergereiht eine Länge von 180 Kilometern ergeben würden. Die Stasi legte Akten von insgesamt 4,5 Millionen Menschen an, allein die Akte des Regimekritikers Robert Havemann umfasst etwa 55.000 Seiten. Florath führt die Polizisten durch das riesige Archiv, wo die Akten bei exakt 19 Grad Celsius und 50 Prozent Luftfeuchtigkeit aufbewahrt werden; er zeigt Musterakten und Karteikarten. Später werden einige der Teilnehmer Anträge auf Akteneinsicht stellen, um zu erfahren, ob auch sie irgendwann einmal in das Visier der Staatssicherheit der DDR geraten sind.

Der Stasi definitiv bekannt war der Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz, der die Reisegruppe während der Bildungswoche im Jakob-Kaiser Haus in einem Besprechungsraum mit Blick auf den Reichstag empfing, um von seinem Lebensweg besonders in Bezug auf die Wiedervereinigung zu berichten. „Das Leben in der DDR war eine permanente Gratwanderung“, denn wer seine Ablehnung des Systems zu deutlich machte, riskierte die eigene Zukunft. So leistete Vaatz zwar seinen Wehrdienst ab, als er in die Reserve gerufen wurde, verweigerte er jedoch die Gefolgschaft – und musste zur Strafe ein halbes Jahr in einem Stahl-

werk schuften. „Ich weiß, wie es ist, wenn Grundrechte und die Freiheit suspendiert sind. Deshalb kann ich zum Beispiel in der Menschenrechtspolitik keine abweichenden Vorstellungen akzeptieren.“ Der Fall der Mauer am 9. November 1989 war für ihn zunächst ein Schock. „Weil ich mir sicher war, dass das Regime mit aller Gewalt gegen die eigenen Bürger zurückzuschlagen würde.“

Wolfgang Thierse beschreibt im Gespräch mit den Polizeibeamten den Moment, in dem er vom Mauerfall erfuhr, als „eine unglaublich heitere Situation.“ Heute, nach 18 Jahren Einheit würde die Mauer auch in den Köpfen der Menschen nicht mehr fortbestehen – „auch wenn es länger als gedacht gedauert hat, die 40 Jahre der Trennung zu überwinden.“

In der Diskussion gehen Vaatz und

deutig zur Demokratie bekennen.“ Für sie sei die Einheit noch heute eine staatliche Fiktion: „Ein ostdeutscher Polizist muss länger arbeiten als ein westdeutscher Polizist und bekommt dafür weniger Geld. Das Bein eines in Afghanistan stationierten Soldaten aus Ostdeutschland ist schlechter versichert als das seines westdeutschen Kameraden“, so Pau.

„Man hat auf dieser Bildungswoche die Vielschichtigkeit der Ansichten politischer Menschen erfahren. Was man sonst nur als gefiltertes Statement aus den Medien kriegt, bekommt man hier persönlich und aus erster Hand, sogar mit Möglichkeiten zur Rückfrage“, sagt Kriminalhauptkommissar Willi Kroos aus Bünde. Trotz der vielen Wahrnehmungsunterschiede berichteten übrigens alle Referenten unisono, dass die Wiedervereinigung



Die Teilnehmer der Bildungsreise im Gespräch mit Petra Pau (DIE LINKE). Fotos: Müller

Thierse auch auf Teilnehmerfragen zur aktuellen politischen Situation in Deutschland ein. Vaatz macht die „Misswirtschaft“ nach dem Wiederaufbau für die wirtschaftlich und sozial teils prekäre Situation in den Neuen Bundesländern verantwortlich. „Hier wurde die PDS aus der Verantwortung für die Vergangenheit entlassen.“ Thierse hingegen kritisiert die CDU: „Immer wieder läuft die Rote-Socken-Kampagne gegen uns, in der man uns ohne jede Grundlage in die kommunistische Ecke drängt. Dabei haben wir uns mit allem Mut gegen die SED gestellt.“ Der SED, der kommunistischen Staatspartei der DDR, gehörte Petra Pau (DIE LINKE) einige Jahre lang an. Die heutige Vizepräsidentin des Bundestags sagte beim Treffen mit den Teilnehmern der Bildungsreise, dass sie auch nach dem 9. November 1989 „noch für eine bessere DDR gekämpft“ habe. „Aber 1990 habe ich dann einen Schnitt gemacht, mich der Auseinandersetzung gestellt und auch durchgesetzt, dass wir als Partei uns ein-

für sie – zumindest zum damaligen Zeitpunkt – überraschend kam. „Es gab keinen fertigen Plan in der Schublade“, so Jörg Boehl, der als Jurist zu der Arbeitsgruppe gehörte, die den Einigungsvertrag entworfen hat und heute Mitarbeiter von Wolfgang Bosbach, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU im Bundestag, ist. Boehl: „Der Umgang mit den Gesandten der DDR war nicht nett, aber sachlich. Sie waren im doppelten Wortsinn unheimlich kooperativ. Am Ende haben auch die hohen Leute aus dem DDR-System nicht mehr daran geglaubt.“

Sie wüssten jetzt viel mehr über die ehemalige DDR und die Vorgänge während der Wiedervereinigung, erzählen Petra und Martin Kentschke aus Herten. „Eine wirklich hervorragende Bildungswoche“, fügt Raimund Donschen, Kommissariatsleiter in Bielefeld hinzu. „Meine Tochter ist auch Polizistin. Ihr werde ich das Seminar empfehlen.“

Simon Müller

### **Arbeitsrecht – Handbuch für die Praxis**

Der Band beleuchtet Gesetze, Regelungen und Entscheidungen zum Arbeitsrecht und bietet eine Gesamtdarstellung aus Arbeitnehmersicht. Die Neuauflage enthält eine umfassende und systematische Darstellung des materiellen Arbeitsrechts und des arbeitsgerichtlichen Verfahrens. Gleichzeitig beziehen die Autoren das Sozialrecht und das Lohnsteuerrecht mit ein. Das Werk berücksichtigt auch die Neuerungen durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG).



Ergänzend zu dieser umfassenden Darstellung enthält das Handbuch erstmals eine CD-ROM. Darauf finden sich direkt einsetzbare Musterverträge, Formulare und Checklisten zu zentralen Fragen des gesamten Arbeitsrechts.

**Arbeitsrecht – Handbuch für die Praxis mit CD-ROM, Michael Kittner, Bertram**

**Zwanziger, Bund-Verlag, 4., überarbeitete und aktualisierte Auflage, 2.993 Seiten, gebunden, 189 Euro, ISBN 978-3-7663-3773-3**

### **Kriminologie – eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen**

Mit der vorliegenden 18. Auflage dieser bewährten Einführung in die Kriminologie wird wiederum eine umfangreiche Neubearbeitung vorgelegt. Zahlreiche Kapitel sind aktualisiert, ergänzt und gestrafft – z. B. das Familienkapitel (Grundorientierungen), aber auch die Migrantenkapitel (aktuell: Leitkultur, Parallelgesellschaften, Islamkonferenzen), das Umweltkapitel (aktuell: Weltklimaberichte), das Kapitel über Wirtschaftskriminalität (aktuell: „sanction bargaining“), das Terrorismuskapitel (Gegenstrategien) und das Europakapitel (aktuell: Grundlagenvertrag von 2007). Zahlreiche Grafiken und aktuelle Zeitungsausschnitte lockern das Erscheinungsbild in der bewährten Form auf.

Praxisnah, bildhaft und in klarer, verständlicher Sprache führt der Autor, emeritierter Professor für Kriminologie, Strafvollzug und Kriminalpolitik an der Ruhr-Universität Bochum, seit 1997 auch Honorar-



professor an der Universität Osnabrück und früherer Justizminister des Landes Niedersachsen, in das umfangreiche Gebiet der Kriminologie ein. Auf der Basis theoretischer Grundkenntnisse über Aufgaben und Geschichte der Kriminologie sowie über

Kriminalitätstheorien behandelt er wichtige Fragen wie soziale Einflüsse, Opferverhalten, neue Kriminalitätsarten, Tätergruppen und Tätergemeinschaften. Ein umfangreiches Register mit mittlerweile über 2.200 Stichwörtern ergänzt das Buch zu einem kleinen Nachschlagewerk.

**Kriminologie – eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen, Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind, 18., neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2008, 732 Seiten., kartoniert, 28 Euro, ISBN 978-3-7832-0700-2**







# Familienbewusste Arbeitszeiten fehlen

**Mütter wie Väter kümmern sich um Kinder und Beruf – das ist nach einer Umfrage das Ideal der meisten Eltern. Aber nur ein Drittel realisiert dieses Modell. Im Auftrag der Familienzeitschrift „Eltern“ hat das Meinungsforschungsinstitut Forsa jetzt über tausend repräsentativ ausgesuchte Erziehungsberechtigte mit Kindern unter elf Jahren telefonisch nach ihrem Lebensgefühl befragt: Fühlen sie sich vom Staat unterstützt? Kommen sie mit der Kindererziehung klar? Haben sie genügend Geld und auch genügend Zeit? Und was macht sie glücklich?**

Betreuungsnotstand, Schulmisere, Kinderarmut: Wenn in Deutschland über Familien diskutiert wird, geht es meist darum, welche Probleme der Nachwuchs hat. Weniger im Mittelpunkt stehen die Eltern – und wenn, dann als überforderte Problemgruppe. „Viele Mütter und Väter fühlen sich enorm unter Druck und wenig geschätzt mit dem, was sie täglich leisten“, sagt Eltern-Chefredakteurin Marie-Luise Lewicki.

## Wunsch und Wirklichkeit

Auffälligstes Ergebnis der Studie ist die große Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit bei der familiären Aufgabenverteilung. 62 % und damit fast zwei Drittel der Interviewten wünschen sich, dass beide Elternteile berufstätig sind und sich die Kinderbetreuung teilen. Doch praktizieren das nur 29 %.

In Ostdeutschland bevorzugen 79 %, im Westen 59 % zumindest theoretisch ein Modell der Arbeitsteilung, bei dem sich Mütter wie Väter um Beruf und Familie kümmern. In der Realität steht das Arrangement „Ernährer plus Hausfrau“ mit 30 % weiterhin an erster Stelle. In 28 % der Familien sind zwar beide Partner berufstätig, die Mutter arbeitet aber Teilzeit und kümmert sich vorrangig um die Kinder.

Diese Diskrepanz sehen Eltern offenbar pragmatisch: 62 % der Männer und 43 % der Frauen geben an, mit der Aufgabenteilung sehr zufrieden zu sein. Zwar hätten beide Elternteile, auch die Väter, gerne mehr Zeit für ihre Kinder – die Arbeitswelt zeige dafür aber kein Verständnis. Familien mit Haushaltseinkommen unter 1.500 Euro monatlich haben der Untersuchung zufolge besondere Probleme, Beruf und Familie unter einen Hut zu kriegen.

Der Soziologe Philip Wotschak vom Wissenschaftszentrum Berlin lobt die Eltern-Befragung, weil sie die Konflikte der Geringverdienenden ins Blickfeld rückt: „Eine Verkäuferin hat kaum zeitliche Spielräume, sie muss durchgehend im Laden stehen und hat zugleich wenig Geld für die Kinderbetreuung.“ Wotschak fordert familienbewusste Zeitkonzepte und „neue Arbeitszeitstandards“.

## Unter Generalverdacht

Die Studie durchzieht eine pessimistische Grundstimmung: 44 % der Eltern meinen, sie müssten wegen der Kinder auf vieles verzichten – in Ostdeutschland empfinden das nur 33 % so, obwohl dort die Einkommen niedriger sind und die Arbeitslosigkeit höher. 60 % der Inter-

viewten befürchten, dass es „meinen Kindern finanziell später schlechter gehen wird als mir heute“. Unter den Eltern mit Hauptschulabschluss sagen dies sogar 71 %.

Zwei Drittel kritisieren ein verzerrtes Familienbild in der Öffentlichkeit: Sie fühlen sich „unter Generalverdacht“, von negativer Berichterstattung der Medien „in Sippenhaft genommen“. Aus spektakulären Einzelfällen wie misshandelten Kindern oder Verwahrlosung werde zu schnell der Rückschluss gezogen, alle Erziehungsberechtigten seien überfordert.

„Eltern“-Chefin Lewicki stellt sich vor ihre Leserschaft: „Eltern machen einen

„**Viele Mütter und Väter fühlen sich enorm unter Druck und wenig geschätzt mit dem, was sie täglich leisten.**“

Marie-Luise Lewicki, Chefredakteurin „Eltern“

extrem schwierigen Job.“ Glaubt man der Studie, sprechen für das Leben mit Kindern trotz aller Hindernisse gute Gründe: 60 % der Befragten finden es toll, mitzuerleben, wie sich der Nachwuchs entwickelt. 36 % glauben, dass sie durch ihre Kinder viel über sich selbst lernen und sich mit ihnen weiterentwickeln. Für knapp ein Drittel ist das Gefühl geliebt und gebraucht zu werden das Schönste am Elternsein.

Die Ergebnisse der Untersuchung finden sich in der Septemбераusgabe der Zeitschrift „Eltern“ oder im Internet unter [www.eltern.de/umfrage](http://www.eltern.de/umfrage).

Thomas Gesterkamp

# Vom Aufschwung übergegangen

**Der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen drei Jahre ist auch in seiner Spätphase an den meisten Haushalten vorbeigegangen – so das Fazit einer neuen Untersuchung, mit der das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung\* seine Studie „Wer profitierte vom Aufschwung?“ fortschreibt.**

Der Zuwachs an Wirtschaftsleistung ist in den vergangenen drei Jahren ganz über-

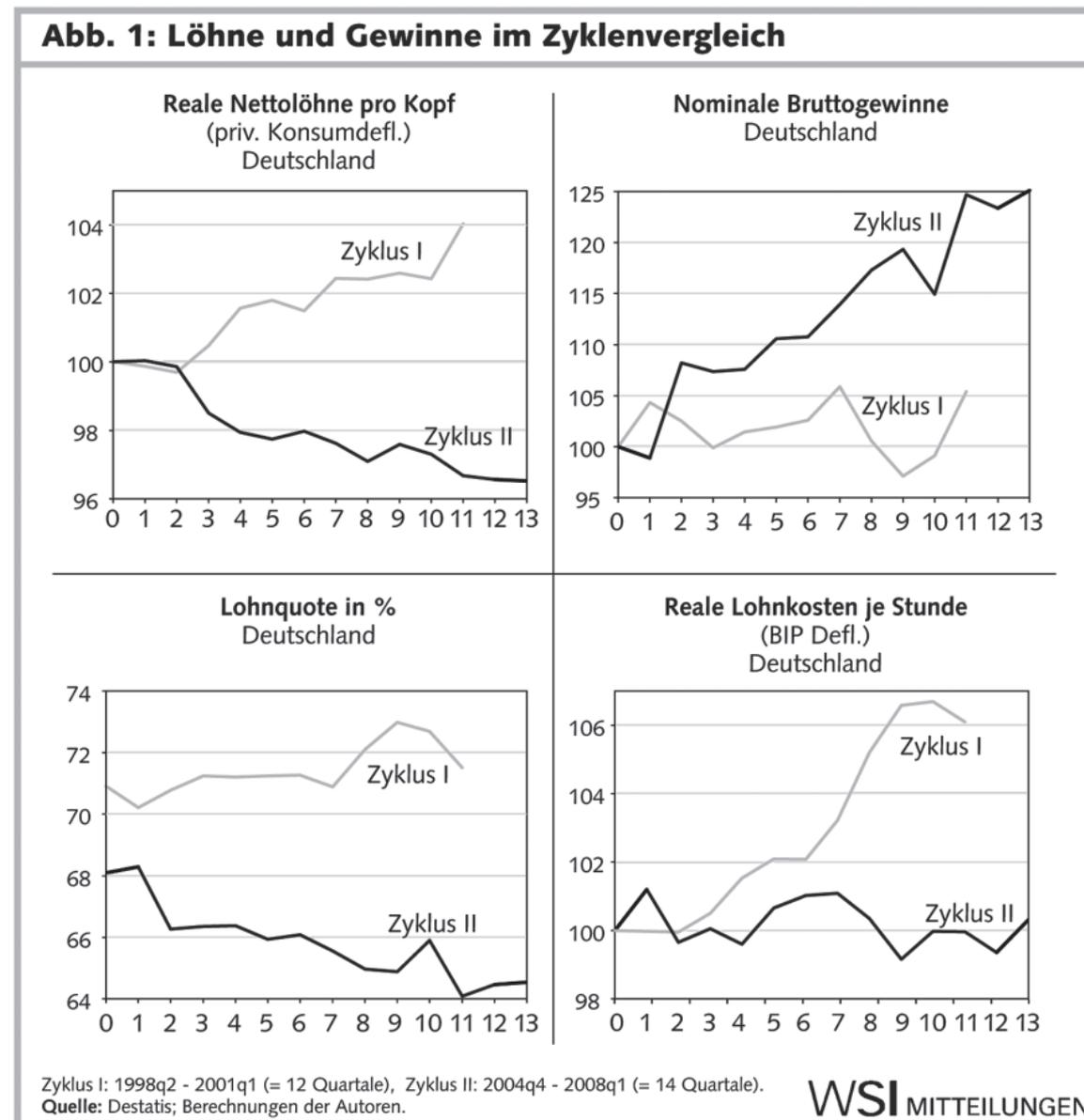
Nettolöhne je Beschäftigtem sind dagegen insgesamt um 3,5 % gesunken – ungeach-

aller Beschäftigten zusammengenommen um 0,3 %. Das reale Einkommen eines Vier-Personenhaushalts mit einem Alleinverdiener sank während der 13 Aufschwung-Quartale um 3,5 %, das eines Ein-Personen-Haushalts um 2,6 %.

Derartige Reallohnverluste in einer Phase wirtschaftlicher Prosperität sind neu: Im vorigen Aufschwung, der elf Quartale zwischen 1998 und 2001 umfasste, stiegen die realen Nettolöhne pro Kopf noch um 4 %.

Auch die staatlichen Transfers an die privaten Haushalte, darunter die Renten, haben sich real deutlich reduziert. Preisbereinigt sanken diese Transfers um 7 %. Im vorigen Aufschwung waren sie hingegen um rund 4 % gestiegen. Insgesamt stagnierte das preisbereinigte verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, während es im letzten Aufschwung noch um 7 % gewachsen war.

„Es ist nicht nur ein mehrheitliches Gefühl der Bevölkerung, dass sie vom Aufschwung nicht profitiert. Es ist Realität. Trotz eines gut dreijährigen Konjunkturauf-



wiegend den Beziehern von Gewinn- und Vermögenseinkommen zugeflossen. Insbesondere die Unternehmen konnten ihre Gewinne stark steigern. Die realen

tet der stärkeren Lohnentwicklung in den vergangenen Monaten. Trotz eines Beschäftigungsanstiegs um 3,3 % verringerte sich das reale Nettolohneinkommen

schwungs ist die reale Einkommenssituation vieler Haushalte heute schlechter als zuvor“, schreiben die Wissenschaftler. Dazu habe neben verhaltener Lohn-



entwicklung und geringeren Transfers auch die Mehrwertsteuererhöhung beigetragen. Der Steueraufschlag um drei Prozentpunkte habe „deutliche Preiseffekte“ ausgelöst – schon längere Zeit, bevor die Preise für Energie und Lebensmittel anzogen und die Inflation weiter beschleunigten.

Der reale private Konsum stagnierte in diesem Aufschwung mit einem Zuwachs von nicht einmal 1 %. Im Aufschwung zur Jahrtausendwende stieg er noch um insgesamt 7,5 %.

Aufgrund der guten Wirtschaftsentwicklung fanden viele Menschen eine neue Stelle. Eine außergewöhnliche „Beschäftigungsdividende“ als Folge von Lohnzurückhaltung und Arbeitsmarktreformen sei nicht zu beobachten, resümieren Camille Logeay und Rudolf Zwiener, „der – erzwungene – Verzicht auf angemessene, an Inflationsziel und Produktivitätssteigerung orientierte Lohnsteigerungen hat sich nicht gelohnt.“  
Verglichen mit dem letzten Auf-

schwung habe die Gesamtzahl der Beschäftigten etwas weniger stark zugenommen, die der ungefördert sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stärker (+ 816.000 Personen nach + 653.000 im vergleichbaren Zeitraum von elf Quartalen).

Die Arbeitslosigkeit sei zwar im Vergleich zum letzten Aufschwung deutlich stärker gesunken. Zu diesem Rückgang trage aber auch ein demographischer Effekt erheblich bei: Das Angebot an Arbeitskräften geht derzeit zurück, während es im vergangenen Aufschwung noch zunahm.

---

### Gewinnexplosion

Die Einnahmen von Unternehmern, vielen Selbstständigen, Aktienbesitzern und anderen Kapitaleignern stiegen in den drei Aufschwungjahren deutlich. Die Gewinne der Unternehmen seien „geradezu explodiert“, so die Forscher: Die nominalen Bruttogewinne der Unternehmen wuchsen in diesem Aufschwung

um 25 % – nach 5 % im vorigen Zyklus. Die sehr gute Entwicklung der Gewinne ist nach der IMK-Analyse die Kehrseite der schwachen Entwicklung bei den Arbeitnehmereinkommen: „Letztlich waren die Unternehmen bei guter internationaler und nationaler Konjunktur nicht gezwungen, die geringen Arbeitskostensteigerungen vollständig in den Preisen weiterzugeben und diese – bei Einrechnung der Produktivitätsfortschritte – entsprechend zu senken. Stattdessen konnten sie ihre Gewinnmargen erhöhen“, schreiben die Wissenschaftler. Damit „konnte der Aufschwung von den Unternehmen dieses Mal für eine massive Umverteilung zu ihren Gunsten genutzt werden.“

*Quelle: Hans-Böckler-Stiftung*

Download unter: [www.boeckler.de/pdf/wsimit\\_2008\\_08\\_logeay.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/wsimit_2008_08_logeay.pdf)

\*Camille Logeay, Rudolf Zwiener: Deutliche Realeinkommensverluste für Arbeitnehmer: Die neue Dimension eines Aufschwungs, in: WSI Mitteilungen 8/2008,



# Auch in der GdP „hart am Ball“

**„Wichtig iss auf'm Platz“ – dieser Glaubensgrundsatz der schwarz-gelben Legende Adi Preißler gilt auch im vom Ruhrgebiet weit entfernten Unterallgäu für den GdP-Kreisgruppenvorsitzenden Peter Pytlik: „Allein mit der Werbung neuer Mitglieder ist es nicht getan. Die Kolleginnen und Kollegen wollen sehen, dass man Tag für Tag für sie da ist.“**

Am Ball zu bleiben ist für den ehemaligen Trainer des SV Breitenbrunn nicht nur im Fußball die Maxime. Persönliche Ansprache, Motivation, Teamgeist, Strategie und Taktik hat er nahtlos vom Rasen in die Gewerkschaftsarbeit mitgenommen. Das Ergebnis: Die KG-Unterallgäu-Memmin-

außergewöhnliche Mitgliederbetreuung und Mitgliederwerbung war der Grund für einen Besuch des GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg um sich bei den rührigen Kollegen im Unterallgäu für ihr Engagement zu bedanken. Trainer Pytlik: „Das ist nicht mein Verdienst, sondern das unserer

die GdP und andere Berufsvertretungen zu reden.“ Als erfahrener Fußballer weiß er auch, die Schwächen des Gegners zu erkennen und aufzudecken. Pytlik: „Nehmen wir nur den Rechtschutz. Die Rechtsprobleme, mit denen Polizistinnen und Polizisten konfrontiert werden, sind sehr berufstypisch und kommen in anderen Berufen nicht vor. Viele Kolleginnen und Kollegen bedankten sich, dass sie bei der GdP in Sachen Rechtschutz in der „richtigen Mannschaft“ sind. Unser GdP-Rechtschutz ist eine unserer größten Stärken. Das überzeugt viele, in die GdP einzutreten.“ Wir, die GdP, sind



**Die GdP-Trophäe für Besonderes: Peter Pytlik erhält von Konrad Freiberg den Poli-Bär.**



**GdP im öffentlichen Interesse: Konrad Freiberg mit Peter Pytlik (links im Bild), Werner Blaha, BG-Vorsitzender von Schwaben Südwest und dem Organisationssekretär der GdP Bayern Alexander Baschek (rechts) bei einem Pressetermin mit der Memminger Zeitung.**

gen hat sich in den letzten vier Jahren von 117 auf 207 Mitglieder, also um knapp 80 Prozent vergrößert, was nicht nur in Bayern eine Besonderheit ist.

GdP-Mannschaft.“ Und die hält er zusammen.

Auf den von ihm konzipierten Seminaren zur Mitgliederbetreuung geht es weni-

„selbst“ Rechtschutz und werden nicht an ein Dienstleistungszentrum Bayern in Nürnberg verwiesen“.

Auch Lockangebote anderer Berufsvertretungen, etwa mit extrem niedrigen Mitgliedsbeiträgen für Neueintritte, dribbelt Pytlik aus: „Ich erkläre dann den Kolleginnen und Kollegen, dass diese „Billigmitgliedschaften“ von Kolleginnen und Kollegen finanziert werden, die schon länger Mitglied sind und den vollen Beitrag bezahlen müssen. Das Geld fehlt dann für eine qualifizierte Mitgliederbetreuung und für einen effektiven Rechtschutz.“

Das Erfolgsrezept verbreitet sich in ganz Schwaben, denn hier wurde immer schon herausragende GdP-Arbeit geleistet.



**Der Präsident des Polizeipräsidiums Schwaben Südwest Hans-Jürgen Memel (Mitte) empfängt die GdP-Delegation persönlich. Fotos: Holecsek**

Stolz steht Peter Pytlik vor seiner Dienststelle in Mindelheim: „The green Mile“ nennt er sie. Hier sind alle organisierten Kolleginnen und Kollegen ausnahmslos in der GdP. „Alles im grünen Bereich.“ Die

ger um Philosophie und Statistiken sondern um die Beantwortung der einfachen Frage: „Was soll ich wie machen?“ Pytlik: „Unsere Funktionsträger werden hier vorbereitet offen mit Kolleginnen und Kollegen über

Die Vorsitzenden der Bezirksgruppen Schwaben Süd/West, Werner Blaha, und Schwaben Nord, Reinhard Habesreiter, sind stolz auf ihre Mannschaften in den Untergliederungen. Stetig steigende Mitgliederzahlen sind der Lohn dieser guten Arbeit.

**hol**





Liebe Kolleginnen,  
liebe Kollegen,

alle Jahre wieder versuchen selbst ernannte Experten für Versorgungs- und Rentenfragen die Versorgungsempfänger und Rentner gegeneinander auszuspielen.



Wie die bundesweite Presse am 20. und 21.8.2008 schrieb, erhielten die Versorgungsempfänger im Vergleich zu den Rent-

ner zu hohe Versorgungsbezüge, obwohl sie in die Rentenkasse nicht einbezahlt hätten.

Das kann man so nicht stehen lassen. Wir erinnern uns: Als man 1951 über ein Bundesbeamtengesetz diskutierte, wurde ausdrücklich darauf abgestellt, die Besoldung der Beamten niedriger anzusetzen als die Bezahlung einer vergleichbaren

## Angemerkt

Tätigkeit eines Angestellten; deshalb hatten die Beamten keinen eigenen Beitrag zur Alterssicherung zu leisten. Die Höhe der Besoldung wurde im Schnitt 7 % niedriger angesetzt (der damalige Arbeitnehmer zur Rentenversicherung betrug 7 %) als die Vergütung eines Tarifbeschäftigten. Allerdings nutzte der öffentliche Arbeitgeber die ersparte Besoldung nicht, um einen kapitalgedeckten Versorgungsfonds aufzubauen. Dieses unverzeihliche Versäumnis haben doch nun nicht wir Beamte zu verantworten.

Weiter ist zu erwähnen, dass der in der freien Wirtschaft Beschäftigte zur damaligen Zeit deutlich mehr verdiente als wir Beamten. Man hat uns doch damals wegen unseres schmalen Einkommens richtig belächelt. Und es wird auch nicht erwähnt, dass wir Versorgungsempfänger immer schon unser Einkommen versteuern mussten und unsere Krankenkassen-

beiträge doppelt so hoch sind wie die der Rentner; und wenn man die permanenten Verschlechterungen der Beihilfe erwähnt, halte ich es für eine große Unverschämtheit, solche irreführenden Rechenbeispiele durchzuführen. Das ist nun wirklich eine böswillige Stimmungsmache gegen uns Versorgungsempfänger.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, helft bitte alle mit, diese Zusammenhänge in der Öffentlichkeit richtig zu stellen, damit die Halb- und Unwahrheiten über unsere Pensionen endlich aus der Welt geschafft werden. Wenn uns das nicht gelingen sollte, befürchte ich, dass die skrupellosen Fiskalpolitiker keine Hemmung mehr haben, sich an unserer Altersversorgung zu vergreifen. Das haben wir nach langen Jahren, in denen wir unserem Staat treu gedient und uns auf seine Fürsorge auch im Alter verlassen haben, nun wirklich nicht verdient.

Mit kollegialen Grüßen

**Artur Jung**  
Bundesseniorenvorsitzender

## Altes Eisen oder Mitten im Leben

**Die 42-Stunden-Woche in Bayern solle zurückgenommen werden, wenn die Steuereinnahmen sprudeln, hatte einst Ministerpräsident Edmund Stoiber den bayrischen Kollegen und Kolleginnen versprochen. Davon wolle der neue MP Huber nichts mehr wissen, erklärte Walter Röhling, Vorsitzender der bayrischen GdP-Senioren, beim Treffen der süddeutschen GdP-Senioren Ende Mai in Erding bei München.**

Walter Röhling hatte gemeinsam mit Ingrid Wehmeier das jährliche Treffen organisiert.

Alle gemeinsam besichtigten den historischen Stadtkern von Erding. Dabei erwies sich Ingrid Wehmeier als ausgezeichnete Stadtführerin. Aus Baden-Württemberg; Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Thüringen, dem Saarland, vom BKA und natürlich vom gastgebenden Landesbezirk Bayern (mit einzelnen Bezirksseniorenvorsitzenden), waren die Vertreter anwesend. Alle berichteten von ihrer Seniorenarbeit vor Ort aber auch von aktuellen Problemen. Heraus kam unter anderem, dass es in den Ländern unterschiedliche „Richtlinien“ zur Seniorenarbeit gibt. Diese sollten vereinheitlicht werden.

### Senioren sind kein Anhängsel der GdP

In Bayern gibt es Probleme mit der Polizeiorganisationsstruktur, berichtete Landesvorsitzender Harald Schneider (auch Thüringen hat diese Probleme). Die Seniorenarbeit zeige aber, dass sich die Ruheständler auch über die aktive Dienstzeit hinaus mit der GdP verbunden fühlten. Das süddeutsche Treffen sei geeignet, Anregungen zu sammeln und die Arbeit vor Ort wieder zu mobilisieren. Er hoffe, dass die Wichtigkeit der Seniorenarbeit auch vom Bundesvorstand erkannt werde. Arthur Jung, Vorsitzender des Bundesseniorenvorstandes, vertrat die Ansicht, dass die rund 35.000 Senioren der GdP nicht nur dazu

da seien, ihren Beitrag zu bezahlen. Er wies auf die bundesweit durchgeführten Seniorenfahrten hin, auf die leider nicht in allen Ländern geleistete Arbeit nach dem Aktiv-Programm-Senioren (APS) und die auf Bundesebene eingerichtete „AG Betreutes Wohnen“. Ingrid Wehmeier, die sich in Bayern um die Rentner/innen kümmert, mahnte, dass man Austritte von Ruheständlern verhindern müsse, da sie sonst kaum wieder um Aufnahme nachsuchen würden. Senioren seien kein lästiges Anhängsel der GdP. „Wenn die alle austreten, hat die GdP ein finanzielles Problem“.

### Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“

Einig waren sich die Teilnehmer des Treffens, das bereits seit zwanzig Jahren an wechselnden Standorten (Ländern) stattfindet, dass die Betreuung der Senioren sehr wichtig sei, dass man aber nicht erst mit der Werbung für Seniorenarbeit beginnen solle, wenn die Mitglieder im Ruhestand seien, sondern lieber schon einige



Jahre zuvor. Man müsse die Kollegen/innen langsam an den Ruhestand heranführen. Sehr wichtig seien dabei die in den meisten Ländern durchgeführten Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“, zu dem die Partner/innen immer mit eingeladen werden sollten. Wichtig sei es, „vor Ort“ Spezialisten zu haben für verschiede-

anstaltungen könne man in Kurzform im Landesteil von „Deutsche Polizei“ veröffentlichen. Immer mehr Senior/innen hätten aber auch eine E-Mail-Adresse. Das sei die schnellste und preiswerteste Informationsmöglichkeit. Auf Kreisgruppenebene müsse es möglich sein, wenigstens einmal im Jahr eine Senioren-Info allen

das könne auch für die GdP sein. Man dürfe sich nicht als „Schmarotzergeneration“ hinstellen lassen. Von einem „Krieg der Generationen“ könne aber keine Rede sein. Immer mehr zeige sich, dass Alt und Jung sehr gut zusammenarbeiteten, nicht nur bei der Jungen Gruppe mit den GdP-Senioren.

Ältere Menschen seien ein Wirtschaftsfaktor. Das hätten Mode, Touristik und Versicherungen längst erkannt und sich den Markt erschlossen. Man dürfe aber nicht übersehen, dass für künftige Generationen mit einer zunehmenden Altersarmut zu rechnen sei. Statt staatliche Renten und Pensionen sicherer zu machen, sollen immer mehr Menschen privat vorsorgen und das, obwohl immer mehr nicht soviel Geld verdienen, dass sie sich eine solche Vorsorge leisten können.



**Teilnehmer/innen des süddeutschen Treffens der GdP-Senioren beim Stadtrundgang in Erding.**  
Foto: Norbert Weinbach

ne Themenbereiche, z.B. für Beihilfe, für Kranken- oder Pflegeversicherung.

### Senioren-Netzwerke knüpfen

Deutlich wurde auch, dass die Seniorenarbeit dort am besten sei, wo es ein Netz von Vertrauensleuten gebe, wo eins bis zwei Leute wirklich in den Kreisgruppen aktiv seien. Da gebe es dann Aktivitäten, selbst wenn es bei Flächenkreisen etwas problematischer sei. Die Senioren/innen seien oft sogar noch in der Lage und willens, auf eigene Kosten mit dem Auto zu interessanten Veranstaltungen zu kommen. Das Problem sei allerdings in einigen Bereichen die Kommunikation. Langfristige geplante Ver-

Ruheständlern zukommen zu lassen. Es sei gut, wenn die Landesseniorenvorstände einen eigenen Haushalt hätten. Leider sei die Homepage in einzelnen Bundesländern oder bei den Bezirksgruppen (BW hat beispielsweise keine Bezirksgruppen) nicht überall gut aufgestellt. Dort könne man auch über Seniorenarbeit informieren.

### Senioren stehen „Mitten im Leben“

Eifrig diskutiert wurde das Motto dieses Treffens: „Altes Eisen oder Mitten im Leben“. Sehr viele Senioren stünden mitten im Leben, seien bereit, sich zu engagieren, auf den unterschiedlichsten Feldern,

### Kritik an DGB-Seniorenarbeit

Kritik geübt wurde am Senioren-Eckpunktepapier des DGB. Hier habe man den Eindruck, auch bei einigen Industriegewerkschaften, dass die Senioren das fünfte Rad am Wagen seien. Auch die Seniorenbeiräte auf Landes-, Bezirks- und Kreisebene könnten nicht so arbeiten, wie das notwendig wäre (Thüringen scheint eine Ausnahme zu sein).

Das süddeutsche Treffen soll fortgesetzt werden, waren sich alle Teilnehmer einig. Die hier ausgetauschten Informationen seien wichtig für die Arbeit im eigenen Bundesland. Der Dank galt Ingrid Wehmeier und Walter Röhling für die gute Organisation, die Unterbringung und das gute (bayrische) Essen.

Norbert Weinbach

## Herzlichen Glückwunsch, lieber Artur!

Am 22. Juli dieses Jahres feierte unser Bundesseniorenvorsitzender, Artur Jung, seinen 70igsten Geburtstag. Sein Amtsvorgänger Heinz Blatt hielt am 25. Juli anlässlich der offiziellen Geburtstagsfeier in Schwalbach (Saar) die Laudatio auf seinen guten Freund und Kollegen Artur. Neben einer pointierten Darstellung des Werdegangs würdigte er darin die gute Arbeit des neuen Bundesseniorenvorsitzenden und schloss mit den Worten: „Die Rückschau, die ich gehalten habe, soll Dich stärken, aufrichten und zugleich ermuntern, auch in den nächsten Jahren

für unsere Kolleginnen und Kollegen weiter zu arbeiten.“

Auch in den Worten der stellvertretenden Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut (GdP-Landesvorsitzender Niedersachsen) und Hugo Müller (saarländischer GdP-Landesvorsitzender) drückte sich große Sympathie für Artur Jungs gestandenen Charakter und viel Anerkennung für die von ihm über lange Jahre erbrachten Leistungen in unserer Gewerkschaft aus.

Lothar Schmidt



**Artur Jung mit Bernhard Witthaut auf der offiziellen Feier zum runden Geburtstag.**

Foto: Jörg Derrenbacher





## Ruhestandsvorbereitung – „Ein Muss“!

**So lautete das übereinstimmende Fazit der Seminarteilnehmer des diesjährigen Seminars „Ruhestandsvorbereitung“, das der GdP-Landesbezirk Saarland vom 27. bis 29. September 2008 durchgeführt hatte.**

Unter Seminarleitung von Artur Jung konnten 17 „angehende Ruheständler“ erfahren, wie wichtig eine gezielte und strukturierte Vorbereitung auf den Ruhestand ist. Die Fülle der Themen und deren anschauliche Präsentation machten bewusst, an was man in vielen Fällen beim herannahenden Ruhestand nicht denkt und auf was man insofern auch nicht vorbereitet ist. Auch die Wirkung, die so manch präsentierter Sachverhalt für den Betroffenen selbst, aber auch für seine Angehörigen entfaltet, machte nachdenklich.

Mit dem Impulsreferat „Ruhestand – ein neuer Lebensabschnitt im Lichte der demographischen Entwicklung“ durch unseren ehemaligen Bundesseniorenvorsitzenden Heinz Blatt fanden die Teilnehmer den Einstieg ins Thema. In lockerer Atmosphäre wurden von Heinz Blatt anschließend Rechtsfragen zur nachberuflichen Phase, sowie die Frage des gesellschaftlichen Engagements von Senioren präsentiert und in der Runde diskutiert.

In einem weiteren Themenblock informierte Bernhard Heckenkemper vom GdP-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen anschaulich und sehr detailliert über das immer wichtiger werdende Thema Beihil-

fe. Neben allgemeinen beihilferechtlichen



**Die Seminarteilnehmer waren sich einig: Die Ruhestandsvorbereitung, das ist ein „Muss“!**

**Foto: Porzel**

Fragen stand insbesondere das Thema Pflegeversicherung im Mittelpunkt, das in Teilbereichen – wie Patientenverfügung und Betreuungsverfügung – auf höchste

Aufmerksamkeit der Seminarteilnehmer stieß.

Das Seminar rundete der traditionelle Abschluss mit Informationen zu aktuellen gewerkschaftspolitischen Themen durch den stellv. Landesvorsitzenden Ralf Porzel ab.

Nach drei themenreichen Seminarstunden und einigen Stunden der „nächtlichen Nachbereitung“ stand das Fazit der Teilnehmer fest: Ruhestandsvorbereitung – „Ein Muss“!

Aber ein völlig anderer Aspekt wurde von den Seminarteilnehmern mindestens genau so oft in der Seminarbewertung angesprochen und war mit Dank an die GdP verbunden: Viele Seminarteilnehmer die zusammen eingestellt wurden und sich während ihres beruflichen Lebens „aus den Augen verloren“ hatten, sahen sich durch dieses GdP Seminar kurz vor Eintritt in den Ruhestand nach langen Jahren wieder!

**Ralf Porzel**



Titel – Foto: ddp

Gestaltung: Rembert Stolzenfeld

Nr. 10 • 57. Jahrgang 2008 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222  
**Homepage des Bundesvorstands der GdP:** www.gdp.de  
**Redaktion Bundesteil:** Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)  
**Gewerkschaft der Polizei,** Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin, Telefon (030) 39 99 21 - 114 Fax (030) 39 99 21 - 190  
**E-Mail:** gdp-redaktion@gdp-online.de  
**Grafische Gestaltung & Layout:** Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**  
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten



**Verlag:**  
**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,  
Fax (0211) 7104-174  
**E-Mail:** vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiter:**  
Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31 vom 1. Januar 2008



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
••••• Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

